

Arbeiterpolitik

6. Jahrgang Nr. 3

Stuttgart, den 1. Februar 1953

30 Pfennig

Die neue „Naziverschwörung“

Alle bedeutenden innerpolitischen Schachzüge der vergangenen Monate wurden unter dem Motto des Kampfes gegen den Nazismus vollzogen. Unter diesem Deckmantel gingen und gehen von den verschiedensten Seiten Stöße in die verschiedensten Richtungen. Da sämtliche bürgerlichen Parteien und der Staatsapparat von ehemaligen Braunhemden durchsetzt sind, fällt es nicht schwer, die wirklichen Motive und Triebkräfte einer Aktion mit dem Hinweis des Kampfes gegen die Hitlerjünger zu verschleiern.

Wir haben seinerzeit gezeigt, daß die SRP und der BDJ wohl der Nazibewegung entstammten, daß aber ihre heutigen politischen Ziele grundverschieden sind.

Die SRP-Nazis vertreten die Tradition des selbständigen deutschen Imperialismus, sind Gegner der Unterwerfung unter die amerikanische Vorherrschaft und erblicken in der Annahme der sowjetischen Angebote auf Wiedervereinigung Deutschlands die Möglichkeit, einen Schritt in Richtung der Verselbständigung des kapitalistischen Deutschland zu tun. Sie scheiterten an der Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie entschlossen ist, an der Seite der USA den Aufmarsch gegen die SU mitzumachen und dabei den vorläufigen Verzicht auf die Ostzone in Kauf nimmt.

Der BDJ-Klüngel hat sich zum Unterschied von der SRP mit Haut und Haaren den amerikanischen Zielen in Deutschland verschrieben und diene ohne jeden politischen Widerspruch.

Wie steht es mit den von den Briten schlagartig festgenommenen Teilnehmern am N a u m a n n - Kreis? Ebenso wie bei der SRP und dem BDJ sind die betroffenen Personen allesamt höhere Ex-Nazis. Politisch hatten sie jedoch weder mit der einen noch der anderen etwas zu tun, sondern gehören zum rechten Flügel der FDP, zum M i d d e l h a u v e - Kreis. Wir haben bereits in ARPO Nr. 23, Jahrgang 1952, die innere Entwicklung der FDP näher betrachtet. Die Middelhaue-Männer, die jetzt maßgeblichen Einfluß in der FDP besitzen, sind die Sprecher schwerindustrieller Ruhrkreise. Diese gingen in der Remilitarisierungsfrage so lange Hand in Hand mit A d e n a u e r , als sie annehmen konnten, daß der Generalvertrag der günstigste Ausgangspunkt zur Errichtung einer westdeutschen Wehrmacht sei. Sie übersahen nie, daß die Verträge einschneidende Fesseln zugunsten der Westsieger enthielten, erwarteten aber von der „Dynamik der Entwicklung“ eine fühlbare Lockerung.

In der ersten Nummer der ARPO dieses Jahrganges haben wir gezeigt, daß sich innerhalb der deutschen Bourgeoisie eine Wendung vollzieht, die ausschlaggebend für die Verzögerung und Aufschiebung der Bonner und Pariser Verträge war. Es ist dies keine Ablehnung der Remilitarisierung, sondern das Bestreben, den veränderten Kräfteverhältnissen Rechnung zu tragen, indem Westdeutschlands herrschende Klasse eine Reihe von Benachteiligungen gegenüber den französischen und englischen Atlantikpartnern abgebaut sehen will.

„Die Möglichkeit“, schrieb die wohlinformierte ‚Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung‘ am 21. Januar, „daß sich jetzt innerhalb der Regierungskoalition, namentlich bei der FDP und DP, sozusagen eine zweite Front neben jener der Sozialdemokratie gegen die Annahme der Verträge bildet, ist nicht von der Hand zu weisen.“

Daß diese Strömungen in der letzten Zeit erheblich an Gewicht gewonnen haben, steht außer Zweifel. Schon die ganze Atmosphäre der Diskussion der Verträge hat sich geändert. Betonte Adenauer noch bei der 2. Lesung, daß sie ohne jegliche Änderung entweder angenommen oder verworfen werden müßten, so redet selbst die Bundesregierung heute vornehmlich von den „Änderungen“, die wohl erst nach der Ratifizierung kommen sollen, aber doch die Akzentverschiebung augenfällig machen, die sich mittlerweile vollzogen hat.

Schon die Tatsache, daß S t e g n e r , der Führer der niedersächsischen FDP, in der Terminfestsetzung zur 2. Lesung gegen Adenauer stimmte, war ein deutliches Zeichen für die geänderte Stimmung innerhalb der wichtigsten Koalitionspartnerin der CDU. Alarmierend wirkte jedoch die Rede des Bonner Fraktionsvorsitzenden der CDU, Heinrich von B r e n t a n o , der am 9. Januar im Straßburger Europarat rundweg erklärte:

„Wir werden unseren Beitrag zur Verteidigung Europas in dieser oder jener Form leisten!“

Es war das erste Mal, daß ein führender Vertreter der Bonner Koalition offen mit der Möglichkeit einer deutschen Nationalarmee auftrumpfte. Dies zeigte, daß die Sinneswandlung der FDP auf Adenauers eigene Partei, die CDU, übergriff. Das nachfolgende Dementi ist belanglos, denn was wurde eigentlich aus Bonn noch nicht dementiert?

Erst von diesem Hintergrund aus ist das britische Eingreifen zu verstehen. Das einfältige Rätselraten um die „Verschwörung“ und um das beschlagnahmte „Material“ führt zu nichts. Was geschah, war ein eindeutige politische Demonstration der englischen Besatzungsmacht, die gewissen Teilen der deutschen Bourgeoisie in Erinnerung rufen sollte, wer in Westdeutschland die tatsächliche Macht ausübt und gewillt ist, sie nicht schmälern zu lassen. Die englische Aktion sollte jenen einen fühlbaren Dämpfer aufsetzen, die da den Zeitpunkt für gekommen halten, gewisse Einschränkungen des Generalvertrages in „neuen Verhandlungen“ abzuschütteln. Obwohl amerikanische Stellen dauernd betonen, daß auch die USA gegen eine deutsche Nationalarmee seien, beweisen gerade die britischen Verhaftungen, daß die englische Diplomatie eine Kursänderung Amerikas fürchtet und daher in der öffentlichen Meinung des Westens vorsorglich gewisse Erinnerungen an die Zeiten der selbständigen deutschen Wehrmacht wieder wachruft. Wo Englands herrschende Klasse Rauch sieht, ist gewöhnlich auch Feuer zu finden.

In Westdeutschland läuft das auf eine Rückenstärkung der Anhänger der Ratifizierung des Generalvertrages hinaus. Adenauers betonte Entrüstung, daß er nicht verständigt wurde und daß die Engländer die Gegner der Verträge ermutigt haben, ist blaues Wasser. Der badisch-württembergische Ministerpräsident Reinhold M a i e r hat öffentlich zweimal erklärt, daß er schon am 21. Dezember vergangenen Jahres von einer hochgestellten Bonner Persönlichkeit über das britische Vorgehen informiert worden sei, was zu deutsch heißt, daß Adenauer Bescheid gewußt habe.

Die SPD ist in größter Verlegenheit, wie sie ihren Anhängern den Sinn der Vorgänge deuten soll. Als Gegnerin der Verträge weiß sie, daß die Verhaftungen die Front der Gene-

ralvertragsanhänger steifen soll, und müßte daher gegen das britische Eingreifen Stellung beziehen. Als demokratische Partei kann sie das nicht, denn der Naumann-Kreis besteht aus berüchtigten braunen Würdenträgern. So verlegt sie sich auf allgemeines Geschimpfe gegen die Nazis, aber, vorsichtig wie immer, lehnte sie in Bonn mit Adenauer eine Parlamentsdebatte über die Vorfälle ab!

Die KPD macht es sich noch einfacher: „Naziverhaftungen — ein Betrugsmanöver. Die Werktätigen sollen vom geplanten KPD-Verbot abgelenkt werden.“ So das „Freie Volk“ am 23. Januar. Das wäre sehr schmeichelhaft für die Kraft der KPD, aber daß sich die britische Besatzungsmacht zu diesem Zwecke in Unkosten stürzt, glauben die Artikelschreiber selbst nicht.

Ganz konsequent hat der Bundesvorstand des DGB die Verhaftungen begrüßt. Die britische Hilfe für die Anhänger der baldigen Ratifizierung, die den wirklichen Inhalt der Aktion ausmacht, ist dem Bundesvorstand genehm, weil er die Remilitarisierung bejaht und seine Zustimmung hier in die un-

verfänglichere Form des „Antifaschismus“ kleiden kann.

Die Arbeiterschaft darf sich keine Minute darüber täuschen lassen, um was es bei diesen Verhaftungen ging. Es geht um den Platz der deutschen Bourgeoisie im Aufmarsch gegen die SU. Diesen Aufmarsch und die Remilitarisierung bejahen alle Beteiligten. Sie mußten im Verlaufe der Auseinandersetzung allerdings zeigen, daß die vielgerühmte westdeutsche Souveränität und Freiheit ihre natürliche Schranke in der Besetzung des Landes findet. Es geht um ein Mehr oder Weniger an Bewegungsfreiheit für die herrschende Klasse innerhalb dieser Besatzungsherrschaft und der Aufmarschpläne, wobei die eine Besatzungsmacht der westdeutschen Bourgeoisie auf die Finger klopfte, weil sie versucht, Kapital aus den Gegensätzen zwischen den Besatzungsmächten zu schlagen.

Will die Arbeiterschaft nicht das hilflose Opfer des Wahnwitzes ihrer Klassenfeinde werden, dann ist es hoch an der Zeit, daß sie als Klasse, und d. h. mit außerparlamentarischen Kampfmitteln auf die Bühne tritt und sich jeder Form der Remilitarisierung entgegenstellt.

Weltpolitische Übersicht

Der „Manchester Guardian Weekly“ vom 22. Januar sagt von Eisenhows Programmrede, „sie sei mehr eine Erklärung der Gefühle, als eine politische Kundgebung“. Bezeichnend sei, daß die Erklärung keine Absage an die von Truman übernommenen großen Verantwortlichkeiten enthalte. Das bringt die Lobredner der USA-Politik in Verlegenheit. Das Beste der Erklärung ist ihre relative Kürze.

Eisenhows Programmrede

Die neun Punkte lauten:

1. Kein Präventivkrieg. - Die USA lehnen den Krieg als Mittel ab, um die Absichten jener zu verhindern, die die freie Welt bedrohen. Sie betrachten es als ihre oberste Aufgabe, die Stärke zu entwickeln, die die Mächte der Aggression abschreckt und die Voraussetzung für den Frieden schafft. Sie sind zu Rüstungsbeschränkungen bereit, wenn diese wirklich der Sicherung des Friedens dienen.

2. Keine Beschwichtigung. - Gesunder Menschenverstand und Ehrlichkeit allein genügen nicht, um eine Befriedungspolitik durchzusetzen. Aus dieser Erkenntnis heraus darf der Westen gegenüber einem Aggressor niemals die Ehre zugunsten einer falschen Sicherheit aufs Spiel setzen.

3. Frieden durch Stärke. - Die USA-Regierung weiß, daß die Vereinigten Staaten bei der Verteidigung der Freiheit in der Welt nur dann helfen können, wenn sie stark und produktiv sind. Sie betrachtet die Stärke und Sicherheit ihrer Nation als ein anvertrautes Gut, auf dem die Hoffnungen aller freien Menschen ruhen.

4. Achtung vor anderen Nationen. - Die Individualität und das Erbe jeder Nation der Welt wird anerkannt werden. Die USA werden nie ihre Macht zu dem Versuch benutzen, anderen Völkern die eigenen politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen aufzuzwingen.

5. Realistische Einschätzung der Alliierten. - Den erwiesenen Freunden der Freiheit soll nach Möglichkeit bei der Erlangung von Sicherheit und Wohlstand geholfen werden. Die USA verlassen sich darauf, daß auch ihre Alliierten in den Grenzen ihrer Möglichkeiten die vollen und gerechten Lasten zur gemeinsamen Verteidigung übernehmen. Bedürfnisse und Kapazitäten der Verbündeten werden realistisch eingeschätzt werden.

6. Förderung der Weltwirtschaft. - Eine gesunde Wirtschaft ist die unerläßliche Grundlage der militärischen Stärke und des Friedens. Die USA werden danach streben, überall eine Politik zu fördern und selbst zu führen, die Produktivität und profitablen Handel ermutigt. Die Verarmung eines einzigen Volkes bedeutet eine Gefährdung des Wohlstandes aller anderen Völker.

7. Zusammenschluß Europas. - Die USA ersuchen darum, daß die weitblickenden Führer der westeuropäischen Nationen mit neuer Kraft danach streben, die Einheit ihrer Völker zu verwirklichen. Nur wenn ein freies Europa vereint seine Stärke sammelt, kann es — mit Hilfe der USA — seine geistigen und kulturellen Schätze wirksam schützen.

8. Gleiche Würdigung aller Kontinente. - Da die Verteidigung der Freiheit, wie die Freiheit selbst, unteilbar ist, achten und respektieren die USA alle Völker und Kontinente gleichermaßen. Sie weisen jedes Ansinnen zurück, das die eine oder andere Rasse, das eine oder andere Volk, in irgendeiner Form minderwertig oder verbraucht sei.

9. Förderung der UNO. - Die USA respektieren die UNO als das lebendige Zeichen der Hoffnungen aller Völker auf Frieden. Sie werden sich bemühen, diese Weltorganisation nicht nur zu einem mächtigen Symbol, sondern auch zu einer wirksamen Kraft zu machen.

Am meisten gackert das journalistische Federvieh über Punkt 1: Die Ablehnung des Präventivkrieges. Was bedeutet dies? Nichts anderes, als den Gegner als Angreifer, sich selbst als den Angegriffenen hinzustellen. Wo der Wille und die Mittel zum Krieg vorhanden sind, war und ist es ein leichtes, den Weg zum Krieg zu finden und zu beginnen.

Hat Hitler nicht den Raubzug gegen Polen gestartet, indem er sich als Angegriffenen und Verteidiger hinstellte? Er hat zu diesem Täuschungsmanöver — das niemand täuschte — sich sogar in Unkosten gestürzt und SS in polnische Uniformen gesteckt, die den Angriff markieren mußten. Hat nicht Stalin den Krieg gegen Finnland ebenfalls mit einem Angriff der Finnen bemäntelt? Gelang es nicht Bismarck, durch Fälschung der Emser Depesche Napoleon den Kleinen 1870 zur Kriegserklärung zu provozieren?

Wir könnten beliebig weitere Beispiele zitieren. Schade ums Papier! Letzten Endes ist nicht die Frage Angreifer oder Verteidiger Maßstab eines Kriegsverbrechens, sondern die Frage nach Ursache und Zweck des Krieges. Das ist der einzig zulässige Maßstab des klassenbewußten Proletariats! Dient der Krieg dem Interesse des menschlichen Fortschritts, d. h. heute der sozialistischen Umgestaltung oder der konterrevolutionären Bekämpfung des Sozialismus? Der Sozialismus bedarf des Krieges nicht, im Gegenteil, der Krieg hemmt seine Entfaltung. Die kurze Geschichte der sozialistischen Umgestaltungsversuche seit der Pariser Kommune 1871, die Interventionskriege 1918—1921 gegen Sowjet-Rußland, Hitlers Überfall 1941 und seit dem Sieg der chinesischen Revolution, der amerikanischen Interventionskrieg 1950 in Korea beweisen, daß jede an die Macht gelangte sozialistische Regierung die Feuerprobe des Krieges mit all ihren ungeheuren Opfern bestehen muß. Und nur wenn sie sich im Bürger- und Interventionskrieg als Siegerin behauptet, kann sie ihre Existenz sichern und sich den eigentlichen sozialistischen Aufbauarbeiten widmen. Es ist der erfolgreiche Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, ganz gleich mit welchen Methoden er durchgeführt wird, der von den kapitalistischen Machthabern als Angriff betrachtet wird. Der Sturz ihrer Klassengenossen, die Enteignung und politische Entmachtung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten, also die Notwendigkeiten der sozialistischen Neuordnung werden als Angriff dargestellt und mit kriegerischen Mitteln zu unterdrücken versucht. Die Regelung des eigenen Warenaustausches der zum Sozialismus strebenden Länder wird als

Angriff bekämpft, obgleich er durch den Warenboykott der kapitalistischen Welt erzwungen, beschleunigt und zu brutalen Formen veranlaßt wird. Jede sozialistische Maßregel wird als Angriff auf die heiligen Rechte der kapitalistischen Profitproduzenten bekämpft. Vom Klassenstandpunkt der Kapitalisten aus hat dies Sinn und Verstand. In dem Maße, in dem sich der sozialistische Sektor stärkt und ausbreitet, wird der kapitalistische eingeeignet und umgekehrt. An Stelle der dynastischen oder nationalen Interessen, für welche bislang Kriege geführt wurden, treten jetzt die Widersprüche zwischen den Lebensinteressen der neuen aufsteigenden sozialistischen Welt und der bislang herrschenden kapitalistischen.

Jeder einzelne muß sich entscheiden, zu welchem Lager er gehört, es gibt keine Zwischenstellung.

15 Millionäre und ein Klempner

Obgleich die Erklärung Eisenhowers nichts Neues bringt und auch nicht bringen kann, bedarf die regierende Mannschaft Eisenhowers einiger Erläuterungen.

„15 Millionäre und ein Klempner“, so wird Eisenhowers Regierung von den aus der Regierung verdrängten Demokraten charakterisiert. Auch „General-Motors-Kabinett“ nennt man sie. Verteidigungsminister ist der Präsident der General-Motors Charles E. Wilson. Die Minister Humphrey, Finanzen; McKay, Innenminister, Summerfield, Post, sind Generalvertreter für General-Motors. Auch der stellvertretende Verteidigungsminister Kyes war Vizepräsident der General-Motors. Luftwaffenminister wurde Talbot, ein Direktor der Chrysler-Corporation, die ein Zweigunternehmen der General-Motors ist. Dodge, Präsident der Detroit-Bank und Chryslerdirektor, wurde Budget-Direktor Eisenhowers. Finanzminister Humphrey ist gleichzeitig Präsident der Hanna-Steel-Corporation. Handelsminister ist der Direktor der Gillette-Rasierklingsfabrik Weeks. Foster Dulles ist Wallstreet-Advokat und jetzt Außenminister — sein Stellvertreter der Chef der Spionageabteilung General Bedell Smith, der drei Jahre Botschafter in Moskau war. Der Klempner ist der Arbeitsminister Durkin, Sekretär der Klempnergewerkschaft der AFoL.

Bei der Bestätigung der von Eisenhower ernannten Regierungsmitglieder gab es eine kleine Panne. Gegen Wilson als Kriegsminister wurde der Einwand erhoben, daß er als Besitzer von Aktien der General-Motors im Werte von 2.500.000 Dollar nicht Kriegsminister sein könne, da dieser alle Aufträge verteilt. Nach „Le Monde“ soll er den Einwand mit der Bemerkung zurückgewiesen haben: „Was General-Motors gut tut, ist auch gut fürs Land“. Das ist herzerfrischend deutlich. Angeblich soll er sich jetzt doch bereit erklärt haben, seine Aktien zu verkaufen. — Als Botschafter nach Frankreich wird der Präsident der Chase-Bank, Alderich, geschickt...

Die ausschlaggebenden Spitzen des amerikanischen Monopolkapitals begnügen sich jetzt nicht mehr mit der Herrschaft, sie übernehmen auch die Regierung selbst. Das ist das Neue und Entscheidende — nicht die Regierungserklärung! Daß sie dies tun, ist keine Frage der Erlangung von Sondervorteilen, zu dem Zweck war die Übernahme der Regierung nicht erforderlich. Dazu genügte ihre Finanz- und Monopolmacht. Es ist die Vereinigung von Klassenherrschaft und Klassenregierung in den Händen der Monopolherren. Formell unterstehen sie Eisenhower. Tatsächlich ist es Eisenhower, der von ihnen geleitet wird. Und der neue Außenminister Foster Dulles wird wie bisher die Advokatengeschäfte seiner Kundschaft besorgen.

Diese neue Regierungsmannschaft, gebildet aus den Monopolherren von General-Motors, du Pont und Rockefeller, geht an die Fortsetzung der Truman-Acheson-Politik, ohne sie zu ändern. Persönlicher außenpolitischer Vertrauensmann Eisenhowers soll General Clay sein. Ihm ist die Rolle Harry Hopkins bei Roosevelt und Harrimans bei Truman übertragen.

General Clay war amerikanischer Oberkommandierender zur Zeit des Berliner Konflikts, der die „Luftbrücke“ organisierte, nachdem Washington ihm untersagt hatte, die russischen Sperren mit Panzertruppen zu durchbrechen. Die Auswahl der Regierungsmannschaft läßt auf die Absicht schließen, unbedingter die alten Ziele durchzusetzen.

Außenminister Dulles formulierte dies in der vorigen Woche ungefähr so: Aktive Befreiung aller kommunistischen Gebiete außerhalb der sowjetischen Grenzen des Jahres 1939. Trennung Pekings von Moskau ohne „heißen Krieg“. Das bedeutet verstärkte Zersetzungs-, Sabotage- und Spionage-Tätigkeit in der SU, den Volksdemokratien und in der Ostzone Deutsch-

lands. Die 100 Millionen Dollar, die zu diesem Zweck schon von Truman jährlich verwandt worden sind, dürften deshalb nicht gekürzt, sondern wahrscheinlich erhöht werden. Zur Lösung Pekings von Moskau ist vorgesehen verstärkter Druck auf das chinesische Hauptland, eventueller Einsatz von Tschiang-Kai-Scheck-Truppen in Korea und zur Eroberung eines Brückenkopfes in China.

Kein Präventivkrieg bedeutet demnach nicht friedliche Beilegung der Konflikte durch Anerkennung der chinesischen Revolution und der Mao-tse-tung-Regierung, Verzicht auf die Aufrüstung einer deutschen Armee als Teil der Europa-Armee und der Atlantikpaktmächte als Grundbedingungen für eine wirkliche Verständigung, sondern bedeutet, unbeugsam an dem Ziel festzuhalten, die von den USA geführte kapitalistische Welt militärisch so stark zu machen, daß man mit militärischen Mitteln die „Befreiung“ erzwingen kann.

Um Erfolg oder Mißerfolg dieser von Truman-Acheson begonnenen, von Eisenhowers Big-Business-Regierung fortzusetzenden Politik abzuschätzen, nützen keinerlei moralische Betrachtungen. Machen wir deshalb eine Bestandsaufnahme der vorhandenen militärischen Kräfte.

Die militärische Stärke des Westens ...

Aus Anlaß der 10. Tagung des Atlantik-Rates in Paris gibt „Le Monde“ vom 19. Dezember 1952 folgende Übersicht:

Belgien: Bestand 145 000 Mann, aktiv 3 Divisionen, davon eine gepanzert. Reserve: 2 Divisionen, davon eine mit schweren Waffen. 300 Flugzeuge. 23% der Gesamtausgaben für Rüstung.

Kanada: Bestand 100 000 Mann. 1 Brigade — 6000 Mann — in Deutschland. 12 Flugzeugstaffeln, davon 6 in Europa. Militärausgaben betragen mehr als 50% des Gesamtbudgets.

Dänemark: Bestand 25 000 Rekruten pro Jahr. Mobilisierbar 125 000 Mann in 3 Tagen. 20 000 in der Flotte. 5 000 für die Luftwaffe. 50 000 zur Landverteidigung. (1 Brigade in Deutschland.) 21% des Budgets sind Militärausgaben oder 16,6% des Nationaleinkommens.

USA: Bestand 3 500 000 Mann. 20 Divisionen auf Kriegsfuß, davon 6 in Europa, plus 18 „regiment teams“, 90 Flugstaffeln. Plus 1000 Flugzeuge zur Verfügung des europäischen Oberkommandos. Militärausgaben = 60% des Staatsbudgets.

Frankreich: Bestand 905 000 Mann. 12 Divisionen in Europa, davon 5 in Deutschland kampfbereit, die anderen 7 Divisionen auf verschiedenen Stufen der Vorbereitung. 2 Divisionen in Afrika, davon eine ausgebildet, die andere in Vorbereitung. 1200 moderne Flugzeuge. Militärausgaben 32% des Budgets von 1953 oder 12,47% des Nationaleinkommens.

Großbritannien: Bestand im September 872 000 Mann. 4 Divisionen, davon 3 gepanzert in Deutschland. 2 1/2 Divisionen im mittleren Orient und Ägypten. 2 Divisionen in Malaya, 1 in Hongkong, 1/2 in Korea. Die Territorialarmee umfaßt theoretisch 9 Divisionen, davon 2 gepanzert und eine Fallschirmjägerdivision. Die RAF hat ungefähr 1300 Flugzeuge zur Verfügung der Atlantikarmee. 32% des Budgets sind Militärausgaben oder 12,8% des Nationaleinkommens.

Griechenland: Bestand 187 000 Mann, 10 Divisionen, davon 4 kampfbereit. Dienstzeit 3 bis 4 Jahre. 42,3% des Budgets sind Militärausgaben.

Italien: Bestand 320 000 Mann. 8 Infanteriedivisionen, 6 kampfbereit. 2 Alpini-Brigaden, 2 Panzerbrigaden. 350 bis 400 Flugzeuge. 23,1% des Budgets sind Militärausgaben.

Luxemburg: 1 Infanteriebrigade. 12% des Budgets sind Militärausgaben.

Norwegen: Aktive Landtruppe 8000 Mann. 5000 Mann = eine Brigade in Deutschland. Flugwaffe 100 Jäger. 30% des Budgets sind Militärausgaben.

Niederlande: Bestand am 1. Oktober: 113 718 Mann. 3 Divisionen. 1 bereit, 2 sofort mobilisierbar. 6 Staffeln Kampfflugzeuge, 4 zur taktischen Verteidigung. 26,7% des Budgets sind Militärausgaben oder 7,15% des Nationaleinkommens.

Portugal: hatte 1951 6 Divisionen im Lande. Wahrscheinlich heute unverändert. Das erste Düsenflugzeug eingetroffen. 27,4% des Budgets sind Militärausgaben.

Türkei: Bestand 400 000 Mann, davon 280 000 in Divisionen: 18 Divisionen, davon 12 modern. 3 Divisionen Kavallerie. 6 Panzerbrigaden. 33% des Budgets sind Militärausgaben.

Diese Angaben geben einen Einblick in die bereits erreichten Erfolge der von den USA forcierten Militarisierung und Aufwendung für die Rüstung der einzelnen Länder.

Von den nüchternen Rechnern der Eisenhower-Regierung ist kaum zu erwarten, daß sie mehr zu Abenteuern neigen

werden als die Truman-Regierung. Die militärischen Sachverständigen, zu denen Eisenhower selbst zu rechnen ist, dürften sich kaum dem Aberglauben an die kriegsgewinnende Atom-bombe hingeben. Sie stehen also vor der Aufgabe, die von der Truman-Acheson-Regierung in die Sackgasse manövrierte europäische Aufrüstung, die alle beteiligten Länder zu Ausgaben gezwungen hat, die sie kaum im bisherigen Ausmaße fortsetzen können, herauszuführen und die Aufrüstung weiter zu steigern. Das wird die Hauptbeschäftigung der Eisenhower-Regierung außen- und innenpolitisch sein. Innenpolitisch, weil auch die Amerikaner bereits über die hohen Kosten klagen. Das Versprechen der Republikaner, sie zu senken, hat entscheidend zum Wahlsieg beigetragen. Daß bereits 47 000 Soldaten während des Koreakrieges desertiert sind, von denen sich 20 000 noch versteckt halten, zeigt ebenfalls innenpolitische Schwierigkeiten. Außenpolitisch dürfte es zum Nachdenken anregen, wie im geplanten „Befreiungskrieg“ die verschiedenen, kriegsgegnerten Soldaten sich verhalten werden.

... und des Ostblockes

Angaben über das militärische Stärkeverhältnis der SU und der Volksdemokratien stehen uns nur aus dem westlichen Lager zur Verfügung. Sie stammen von den verschiedenen Nachrichtendiensten der Gegner der SU. Foster Dulles, der sich auf die Angaben des amerikanischen Spionagedienstes stützt, gibt die Stärke der Sowjet-Armee auf über 3 Millionen und die der Chinesen auf 4 Millionen an. Er sagt: „Es sei vergeblich, sich einzubilden, 32 000 Kilometer Grenzen gegen die sowjetrussischen und chinesischen Armeen verteidigen zu können.“

Dazu müssen im Kriegsfall noch die polnischen, tschechischen, ungarischen, rumänischen und bulgarischen Armeen gerechnet werden. Die Angaben über ihre Stärke sind sehr verschieden und für uns unkontrollierbar; wir schätzen sie auf 700 000 bis 800 000 Mann. Was Ausbildung und Ausrüstung anlangt, so ist sie so unterschiedlich wie im imperialistischen Lager. Was den Chinesen an technischer Ausrüstung abgeht, machen sie durch Kriegserfahrung und Tapferkeit wett. Das beweist Korea, wo sie die bestausgerüstete Armee seit zwei Jahren in Schach halten. Und das unter den für sie ungünstigsten Bedingungen. Blockiert von der besten Kriegsmarine der Welt, von drei Seiten vom Wasser umgeben, wo die Kriegsschiffe unbehindert eingreifen können, halten sie stand ohne genügend schwere Waffen und Bombenflugzeuge.

Je längere Zeit die USA brauchen, um die Atlantiktruppen aufzustellen und modern auszurüsten, umso länger haben

China, die SU und die Volksrepubliken Zeit, die Modernisierung ihrer Armeen nachzuholen. Bisher ist der Prozentsatz, der für Rüstung im sozialistischen Sektor ausgegeben wird, geringer als im kapitalistischen. Das bedeutet jedoch keine geringere Last für die Werktätigen des sozialistischen Sektors. Die steigende Verbesserung der Lebenshaltung in der SU wird mindestens verlangsamt. In China wird sie weiter gesenkt und wahrscheinlich ebenso in den Volksrepubliken. Das erklärt das Hetztempo des Aufbaues der sozialistischen Wirtschaft in allen Ostblockländern und den verschärften Druck auf die sich Sträubenden mit all seinen abscheulichen Begleiterscheinungen des Polizeidruckes, des Terrors, der Schauprozesse gegen Zersetzungselemente, es erklärt das Schreckensregime der erschrockenen Schreckensmänner.

In den USA selbst ist die Frage, offensive, zentrale Strategie oder Peripherie-Krieg, Gegenstand der Auseinandersetzungen. Die Anhänger T a f t s wollen den Peripherie-Krieg führen, wobei die Amerikaner sich in der Hauptsache auf Beiträge ihrer Luftwaffe und Kriegsmarine beschränken und den übrigen den Landkrieg überlassen möchten. Deshalb der Druck auf Japan und andere Asiaten, das Kanonenfutter zu liefern. Die Aufrüstung Asiens ist noch rückständiger als die europäische. Die Kosten müßten im größten Umfange von den USA getragen werden. Dies alles übersteigt sogar die Möglichkeiten des reichen Amerika, obgleich Asiaten billiger in Soldaten umzuwandeln sind als Amerikaner oder Europäer.

Selbst in Süd- und Mittelamerika wächst der Widerstand gegen den amerikanischen Imperialismus. Das Korea-Institut in Washington kommt in seinem Organ „Voice of Korea“ vom 31. Dezember 1952 zu folgenden Schlußfolgerungen:

„Man erzählt den Koreanern viel über die Güte der amerikanischen Prinzipien, aber sie merken nicht, daß sie demokratisch angewendet werden ... Die Koreaner und alle Asiaten glauben, daß sie eine bessere Chance hätten, die nationale Unabhängigkeit und Freiheit zu erlangen, wenn man sie ganz allein ließe. Warnungen vor kommunistischem Terror schrecken sie nicht. Sie sagen, schlechter als jetzt könne es ihnen nicht gehen.“

Auch die Bäume Eisenhowers werden nicht in den Himmel wachsen ...

*

Berichtigung: In der letzten Weltpolitischen Übersicht hieß es, daß in Moskau 1951 und 1952 750 Millionen qm Wohnraum gebaut wurden. Es sollte heißen: 750 000 qm. Die Kaufkraft des Rubels für Kleidung beträgt nicht 2, sondern 1/2 DM.

Ein bayrischer Rückblick

Die Koalitionspolitik der SPD mit der CSU

Entgegen allen politischen Krisenerscheinungen im Jahre 1952 hat der bayrische Ministerpräsident E h a r d seine Koalitionsregierung CSU-SPD an den Klippen der inneren Gegensätze seiner „Parteifreunde“ und Gegner in das neue Jahr hinübergesteuert. Das eigentliche Verdienst für das Gelingen gebührt der SPD, besonders dem derzeitigen Innenminister H ö g n e r, seinen sozialdemokratischen Kollegen, Finanzminister Z i e t s c h und Arbeitsminister O e c h s l e. Den vorherigen SPD-Finanzminister Z d r a l e k hat die CSU, ohne große Schwierigkeiten bei der SPD zu finden, ausgebootet. Einige Zusammenstöße der Koalitionsbrüder im Landtag waren nur ein „Auffrischen“ der gestörten Liebe.

Ministerpräsident Ehard kannte die inneren Schwächen seiner Partei (H u n d h a m m e r - F l ü g e l), aber auch den Ernst der Lage, falls sich die breiten Massen gegen die wachsenden Belastungen zur Wehr setzten. So war es verständlich, die SPD durch Hereinnahme in eine Koalitionsregierung als Auffangstelle von Gärungen in der Bevölkerung einzubauen. Dem folgte seine Partei, wenn auch mit Widerwillen, und hatte, soweit die SPD diesen Zweck erfüllte, keine Veranlassung, die Koalition zu sprengen. Nach der Verteilung der Minister-Ressorts: Innenministerium, Finanzministerium und Arbeitsministerium, trugen und tragen noch die SPD-Minister die Hauptverantwortung der Koalitionsregierung vor dem bayrischen Volke.

SPD-Minister Zietsch stellte heraus, daß er für die Gesundung der Finanzen sorgen wolle, seine Kollegen wollten den

Wohnungsbau auf eine neue Grundlage stellen, die Gemeindebelange fördern, für eine Hebung des Lebensstandards der Arbeiter und für „Ordnung im Staat“ sorgen. Die SPD-Minister haben aber Jahr um Jahr vergessen, ihr Wirtschafts- und Sozialprogramm zu erfüllen. Zietsch hat seinen Finanzhaushalt ausgeglichen (und der Bajuwar Schäffer?) und Oechsle hat keine unangenehmen Schiedssprüche für die Unternehmer gefällt. Mehr konnte die CSU nicht erwarten.

Im Bayrischen Landtag, in Rundfunk und Presse hat man von der hohen Kunst der bayrischen Politik, es besser zu machen als Bonn, wenig vernommen. Ja, wer diesbezüglich die SPD in Reden und in der Presse verfolgte, der müßte sehen, daß Bonn der Wandschirm war, hinter dem man verbarg, was man in Bayern hätte tun sollen. Die CSU folgte diesem Beispiel, nur etwas zurückhaltender.

Der bayrische Föderalismus, der 1923 mit K a h r Triumphe feierte, hat in der Nachkriegszeit wieder feste Wurzeln geschlagen. Unter Führung von Innenminister Högner legten die Koalitionsminister wiederholt ein Bekenntnis zum Föderalismus ab. Minister Högners Kampf um seine eigenen Grenzschutztruppen ließ die königstreuen Bayern aufhorchen in der Hoffnung, nochmals „Hatschiere“ (Leibgarde des Königs) mit „neuen“ Uniformen in München aufmarschieren zu sehen. Högner ist gleichzeitig das Symbol der Politik der SPD in Bayern. Die zeitweise eintretende „Opposition“ der Sekretäre der Partei und der Landtagsfraktion hatte nur untergeordnete Bedeutung. Wenn es galt, die in Bewegung gekommenen

Massen zu beruhigen, war die Koalition das Instrument, die Gefahren abzuwenden. Die Methoden waren verschieden. War der Druck 1946—50 von unten zu stark, fabrizierte man Aktionsprogramme und Massenforderungen — für jeden etwas —, die die SPD in der Regierung zu verwirklichen versprach. Nach 1950 ist es um das Aktionsprogramm und die 35 Forderungen sehr still geworden, und 1952 hörte man noch weniger davon. Verständlich, denn die Mitverantwortung in der CSU-Regierung hatte ihr die Trümpfe aus der Hand genommen.

Die programmatische Rede, die Högner als Ministerpräsident und Führer der bayrischen SPD 1946 in München hielt, ist charakteristisch für die Politik, der die SPD in Bayern treu geblieben ist. Es hieß darin: Auch der bayrische Arbeiter hat ein Vaterland... ein deutsches Reich besteht kaum mehr, wohl aber wieder ein bayrischer Staat, den wir aufbauen müssen, bevor wir an ein Reich denken können... wir fordern eine föderalistische Gliederung Deutschlands durch starke Länder. Im gleichen Atemzug verlangt Högner: eine planmäßige Bedarfswirtschaft durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und den Sozialismus als Ausweg. Doch dann folgt das Bekenntnis zu Bayern: Unser Verstand sagt uns aus vielerlei Gründen Deutschland, aber unser Herz gehört Bayern! Das war die Richtschnur Högners und der SPD. Die Treue zum bayrischen Föderalismus ist geblieben, während die planmäßige Bedarfswirtschaft und der Sozialismus zu den Akten gelegt wurden.

Es gibt kein Land in Westdeutschland, in dem sich 6 Jahre lang — mit kurzer Unterbrechung — SPD-Minister im Geiste des reaktionärsten Föderalismus von der Bundesrepublik so abgrenzten, wie in Bayern. Selbst die CSU konnte den SPD-Ministern ruhig die Vertretung der bayrischen Belange in Bonn überlassen. Wenn auch Bayern die Bundesrepublik von München aus — so wenig wie Kahr — erobern kann, so ist in Bayern doch noch ein gutes Klima vorhanden, einen Putsch — mit oder ohne Högner — zu inszenieren. Haben doch die SPD-Minister dem Kreis der Geldgeber und den Quartierherren der Umstürzler nie ein Haar gekrümmt, wenn auch in der Öffentlichkeit ab und zu einmal starke Worte gebraucht wurden.

Bei der Etatrede des SPD-Wirtschaftsministers Zorn in der Zeit, in der Dehler noch bayrischer FDP-Landtagsabgeordneter war, spendete die FDP Dr. Zorn Beifall und Dehler erklärte hierauf, „wenn das, was Dr. Zorn vertreten habe, Sozialismus sei, dann sei er (Dehler) auch Sozialist!“ Die SPD deckte ihre Minister und war noch stolz auf ihre Leistungen in Bayern. Die Anklagen der Sozialdemokraten, daß die CSU-Minister versagten, trifft ins Leere. Nicht die CSU-Minister haben versagt, sondern die SPD, indem sie die CSU in kritischen Situationen wieder auf die Beine gebracht hat.

Das Geschwafel aus der Zeit der bayrischen Volkspartei von den „bayrischen Belangen“, die nur auf föderalistischer Grundlage gewahrt werden könnten, ist am besten gekennzeichnet durch den föderalistischen „Urbayer“ und Finanzminister der Bundesrepublik Schäffer. Schäffer war einer der extremsten Vertreter des bayrischen Föderalismus, und schon bei dem Namen „Weimarer Republik“ fuhr der Zentralismus durch seine Glieder. Schäffer verlangt im Namen des Bundes zentrale, erhöhte Steuerabfuhr von den Ländern und damit auch von Bayern. Damit ist der Föderalist und Urbayer bei den Münchner Föderalisten — den CSU- und SPD-Ministern — unten durch. Vielleicht schafft ein Preisausschreiben Aufklärung, wer der bessere Föderalist ist, der bayrische SPD-Minister Zietsch oder sein Bonner Kollege Schäffer! Aber weder Schäffer noch Zietsch wird es gelingen, die Staatsfinanzen zu sanieren, auch wenn sie immer wieder neue Steuern aus den Werkträgern herausquetschen. So stellt die SPD in Bayern Warnsignale auf, ihrem Finanzminister doch keine Schwierigkeiten bei notwendigen Abstrichen seines Etats zu machen, wie es von privater Seite aus geschehe.

Eine Interpellation der Landtagsfraktion der SPD will „Auskunft“ über die Wirtschafts- und Kreditpolitik der Regierung (und die bayrischen SPD-Minister?). Der Abgeordnete Lacherauer, CSU, äußerte Mitte Januar schwere Bedenken, ob Bayern als Staat in Zukunft noch bestehen könne, wenn die Finanzen nicht Schritt halten mit den Aufgaben eines Staates. Das war indirekt gegen die SPD-Minister gerichtet. Daraus ist zu ersehen, daß sich auch die wirtschaftliche und damit die politische Lage Bayerns 1953 verschärfen wird und die Sozialdemokratie für ihre Koalitionstreue vor den Arbeitern gerade stehen muß.

Bayern ist ein typisches Beispiel dafür, daß eine Beteiligung der SPD an einer bürgerlichen Koalitionsregierung, trotz der

Besetzung der wichtigsten Ressorts wie Innenministerium, Finanzministerium, Arbeitsministerium, im Sumpfe der kleinbürgerlich-bajuwarischen Tradition enden muß. Das Jahr 1953 stellt alle drei SPD-Minister vor Probleme, die den Bestand der Koalition gefährden.

Auch für den SPD-Finanzminister hat die Steuerschraube Grenzen. Die Arbeiterschaft kündigt Lohnforderungen an. Die Metallarbeiter haben den Lohntarif zum 31. Januar 1953 gekündigt. Die Forderung von 10 Pfg. ist mehr als bescheiden, doch auch sie wird nur im ernstesten Kampf der Metallarbeiter den Unternehmern abgerungen werden können.

Innenminister Högner hat in Verbindung mit dem Verbot des „Stoßtrupps gegen den Bolschewismus“, als Verantwortlicher der bayrischen Polizei, zu Beginn des neuen Jahres dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt. In diesem erhält die Polizei Machtbefugnisse, die es ihr ermöglichen, unter dem vorbeugenden Begriff der „Störung der öffentlichen Ordnung“ mit den bekannten bayrischen Methoden die Arbeiter, die sich, wie 1919—1932, gegen die bayrische Staatskunst der Verelendung wenden, einzusperren und ihre Organisationen zu verbieten. Das begünstigte schon einmal das faschistische Unwesen. Nach diesem Gesetz sollen Körperschaften, die sich gegen den Staat richten, verboten werden. Verboten soll ferner alles werden, was für eine „totalitäre Regierungsform“ wirbt, und Versammlungen, die befürchten lassen, daß sie nicht friedlich verlaufen. Versammlungen unter freiem Himmel sollen meldepflichtig werden. Ja, jedem Polizeibeamten wird zugestanden, Maßnahmen „nach pflichtgemäßem Ermessen“ zu ergreifen. Minister Högner übernimmt für Bayern die Rolle des Bundesministers Lehr und leistet Vorarbeit für die bayrische Reaktion gegen die Arbeiterschaft. Die Wegrichtung, die Högner verfolgt, wird durch das Verbot der „Freunde der Sowjetunion“ gezeigt.

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben alle Veranlassung, sich gegen die Regierungskünste ihres Innenministers zu wenden, denn eines Tages werden sie selbst davon getroffen. Dann ist es aber zu spät. Wer die Reaktion toleriert, legt das Messer an den Hals der arbeitenden Bevölkerung. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich in ihrer Partei gegen die Knebelung durch ihre Minister wenden. Hier gibt es keinen billigen Rat, wie ihre Führung zu bewegen ist, abzulassen von der Verteidigung der privatwirtschaftlichen Interessen, die mit und ohne Planung in einem kapitalistischen Staat auf Kosten der Arbeiter gehen.

Das Jahr 1953 muß für jedes sozialdemokratische Mitglied Ansporn sein, sich Klarheit zu verschaffen, um was es heute geht. Die Entscheidung kann nur in der Richtung zum Sozialismus liegen.

Unternehmer gesucht...

für Salzgitter. Einmalige Gelegenheit, schnell reich zu werden. Arbeitskräfte werden vom Arbeitsamt gratis zur Verfügung gestellt, solange der Vorrat reicht. Wer will nochmal? Die Firma „Odermark“, Herrenbekleidung, aus Goslar, ist schon da. Sie hat in Fabrikräumen der SMA, Salzgitter-Bad, eine Zweigstelle etabliert.

200 Frauen sind schon beschäftigt. Eine ganze Masse davon wurde vom Arbeitsamt überwiesen. In den ersten vier Wochen gibt es keinen Lohn. Die Frauen erhalten ihre Fürsorgeunterstützung während dieser Zeit weiter! Die Arbeit ist so furchtbar kompliziert, daß der Firma nicht zugemutet werden kann, für die nicht ausgebildeten Arbeitskräfte in den ersten vier Wochen Lohn zu zahlen.

Die Ausbilder sind Genies in ihrem Fach. Sie bilden die Frauen an der hochqualifizierten Arbeit innerhalb von vier Wochen zu Akkordarbeiterinnen aus. Tatsächlich — der erste Lohn ist schon Akkordlohn. Wie hoch er sein wird, wissen wir noch nicht, werden es aber erfahren. Die Firma behält unsere ganze Sympathie und Aufmerksamkeit. Der Sklavenhandel wurde abgewickelt zwischen Firma, Stadt und Arbeitsamt. Alle drei haben dabei ein glänzendes Geschäft gemacht. Stadt und Arbeitsamt werden in vier Wochen ein Teil ihrer Fürsorgebezieher los, und die Firma macht es aus lauter Menschenfreundlichkeit. Die Dummen sind nur die Frauen, die vier Wochen lang für ihre Unterstützung Lohnarbeit verrichten müssen.

Diese Nummer der ARPO umfaßt nicht 12, sondern wegen der Länge der Diskussionsartikel 14 Seiten.

Die Redaktion

Massenflucht aus der Ostzone

Tag für Tag zieht ein Strom von Flüchtlingen durch die Straßen Charlottenburgs von Westberlin zur Cuno-Fischer-Straße. Hier hatte der Westberliner Magistrat Ende 1948 eine Auffangstelle für politische Flüchtlinge aus der Ostzone eingerichtet. Damals waren es nur wenige Menschen, die sich meldeten, um in Berlin aufgenommen und als politische Flüchtlinge anerkannt zu werden und zum Teil um die Weiterförderung nach Westdeutschland ersuchten.

In den ersten drei Jahren waren es fast ausschließlich Menschen aus dem Kleinbürgertum und ehemalige Bourgeois, die offen die Umgestaltung der alten staatlichen Ordnung in der Ostzone ablehnten. Darunter waren auch die Kreise der bürgerlichen Intelligenz, leitende Betriebsleute, Ingenieure, Techniker, Wissenschaftler, Kaufleute und Beamte. Alles in allem ausgesprochene Feinde der Arbeiterklasse, die sich weigerten, an dem Wiederaufbau der Wirtschaft und der Verwaltung teilzunehmen. Auch viele aus der SU entlassene Kriegsgefangene kamen später dazu, die damit rechneten, daß ihre Schandtat aus der Nazizeit bald entdeckt würden. Sie alle setzten sich schlauerweise rechtzeitig ab und wollten bewußt ihre Kraft dem neuauftretenden Kapitalismus des Westens zur Verfügung stellen. Damals waren sehr selten Arbeiter und Bauern dabei.

In dieser Zeit kamen aus Westdeutschland viele Menschen nach der Ostzone, um in den Verwaltungen und den späteren volkseigenen Betrieben mitzuarbeiten, getragen von der Hoffnung und dem Vertrauen, hier am Aufbau einer neuen, zukunftsreichen Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne einer sozialistischen Entwicklung teilzunehmen. Es gibt sogar viele Einzelbeispiele, wo leitende Ingenieure und Chemiker gute Stellen in Westdeutschland verließen und leitende Positionen in volkseigenen Betrieben und den SAG's (den Sowjetischen Aktiengesellschaften) übernahmen. Diese Leute haben dann zum Teil nach zwei- bis dreijähriger Tätigkeit mit vielen Erfahrungen und wichtigen Unterlagen ihre Stellungen wieder aufgegeben und sind nach Westdeutschland zurückgekehrt. Auch aus der damaligen Zentralverwaltung und den anderen neu aufgebauten Behörden schieden dann nach und nach sehr befähigte Kräfte aus. Zuerst suchten sie im Betrieb weiterzuarbeiten, um möglichst politisch unabhängig zu bleiben, doch nach der Spaltung Berlins entschieden sie sich für den Westen und gingen in die kapitalistischen Betriebe zurück. Den Amerikanern gelang es dann sehr schnell, unter ihrem Einfluß und ihrer Hilfe die Westberliner Verwaltung aufzubauen und mit Unterstützung all dieser Kräfte Berlin zu einer wichtigen Position und als entscheidenden Brückenkopf gegen den Osten auszubauen.

Die Politik der SU und die SED mit ihrer Nationalen Front-Politik und als Partei „neuen Typus“ hat nach und nach das Vertrauen breiter werktätiger Schichten verloren. Nirgendwo zeigt sich die verhängnisvolle Politik und ihre Folgen in so katastrophaler Form wie in der Viersektorenstadt Berlin, wo alle internationalen Gegensätze zusammenstoßen. Hier werden alle Methoden des kalten Krieges für die künftige Auseinandersetzung ausprobiert.

Im Zusammenhang mit der Besatzungspolitik des Ostens und des Westens stehen die neuen Flüchtlingsströme aus Ostdeutschland. Man könnte die Flüchtlinge, die täglich Berlin anlaufen, manchmal mit den Trecks der ersten Nachkriegszeit in ihrem Aussehen vergleichen. Sie kommen nicht als Einzelpersonen, nicht als Familie, sondern in vielen Fällen als ganze Sippe, angefangen vom Urahnen bis zum Säugling, mit Schwiegersohn, Nichten und Neffen, aus einem oder mehreren Orten. Sie verlassen ihre Höfe, die seit Generationen im Besitz der Familie waren. Sie weinen um ihre 20 Kühe, um ihre drei Pferde, ihr Geflügel, wer wird sie versorgen? Sie weinen um all das, was sie verlassen mußten. Es kommen viele Neubauern, die sich jahrelang um eine neue Existenz abplagten. Doch das unmögliche Soll konnten sie nicht schaffen, und sie haben Angst vor der Bürokratie. **Dreißig Prozent aller Flüchtlinge sind Bauern. Die anderen sind Arbeiter**, ein großer Teil aus dem Uranbergbau, Grobschmiede, Schlosser und andere Handwerker und viele alte Leute bis zu 90 Jahren. Die letzteren in der Hoffnung, im Westen eine bescheidene Rente zu bekommen. Ein großer Teil in sehr schlechter Kleidung. Sie haben unauffällig, vom Feld oder der Fabrik kommend, ihren Wohnort verlassen. Dazu kommen täglich die vielen Angehörigen der **Volkspolizei**, einschließlich der höheren Dienstgrade in Zivil und in Uniform. Sie wollen bei der Ostpolizei

nicht mehr mitmachen. Viele von ihnen glauben, sie würden sonst eines Tages zur Verantwortung gezogen. Andere wollten die neue, olivgrüne, sowjetähnliche Uniform nicht tragen, die bei der Bevölkerung auf völlige Ablehnung stößt. Nach der Ausgabe dieser Uniform kamen in den ersten Tagen viele in vollem Dreß. Sie hatten ihren Standposten verlassen, für ihre Uniform gab es Interessenten.

Das Auffallende an dem neuen Flüchtlingsstrom ist **das Fehlen der Kreise der Intelligenz**. Unter Tausenden befindet sich mal ein Arzt oder höherer Angestellter. Ein großer Teil hatte sich in den früheren Jahren abgesetzt, der verbliebene Rest ist durch hohe Gehälter, Prämien und Zuwendungen korrumpiert worden. Ein anderer Teil verbleibt mit Absicht in der Ostzone, um zu sabotieren und in der Hoffnung, durch gute Vorarbeit sich für später die Stellung zu sichern.

Unter den Flüchtlingen befinden sich auch viele politisch **in der SED organisierte Arbeiter und Angestellte**. Zum großen Teil wurden sie erst in den letzten Jahren Mitglied, aber auch viele **langjährig organisierte KPD-Mitglieder** sind darunter. Das Mitgliedsbuch wird mit Schwung bei der Flüchtlingsstelle auf den Tisch geworfen, oft mit der Bemerkung: „Wir haben genug.“

Besonders interessante Personen aus Apparat und Verwaltung werden bereits im Vorzimmer aussortiert und gehen nicht durch die allgemeine Schleuse. Durch die umfangreichen Vernehmungen und die Ausfüllung vieler Fragebogen erhält der Westen eine umfassende Übersicht über die Verhältnisse aus allen Betrieben und Verwaltungen und über die Stimmung der Massen bis in den kleinsten Ort. Bände von Material werden zusammengetragen. Das erweckt den Anschein, als ob all das eine Einleitung des drohenden Zerfalls und eine Liquidationserscheinung ist.

Es taucht die Frage auf, wie lange die DDR diese Dinge zulassen kann. Diese Vorgänge bedeuten eine schwere Schädigung und eine große Gefahr für den Weiterbestand der DDR. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in absehbarer Zeit Maßnahmen getroffen werden, die den Flüchtlingsstrom unterbinden werden. Aus diesem Grunde werden neue bürokratische Maßnahmen ergriffen werden, die durch Ausweise und Kontrollen die Reisemöglichkeiten in der Zone einschränken werden. Durch solche Methoden würde der Haß gegen die Bürokratie nur noch wachsen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Versorgung der Bevölkerung mit **Fett** und anderen **Nahrungsmitteln** in der Ostzone sowie mit **Kohle** haben sich in der letzten Zeit sehr stark verschlechtert. Die Dekadenzuteilungen können nicht rechtzeitig erfolgen. Kartoffeln und Rüben blieben teilweise auf den Feldern stehen, weil zur Zeit der Ernte die Bauern für andere Arbeiten, Drusch usw., verpflichtet wurden. Aus all diesen Gründen **wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung ständig**. Die **westliche Propaganda** gewinnt durch Rundfunk und Flüsterton dauernd an Einfluß. Die Bürokratie steht dem ohnmächtig gegenüber, wird unsicher, und weiß darauf nur mit neuen bürokratischen Gewaltmaßnahmen zu antworten. Auch die Sowjetunion hatte in ihren schwersten Zeiten bei der Durchführung revolutionärer Maßnahmen große Schwierigkeiten zu überwinden. Doch sie überwandt die Schwierigkeiten unter Führung **Lenins** und mit der Sympathie und Unterstützung der russischen Arbeiterklasse und der aktiven Unterstützung der Arbeiterschaft der kapitalistischen Länder. Die Bürokratie der Ostzone stützt sich nur auf die Besatzungsmacht der SU, die nur die außenpolitischen Interessen der SU ohne Rücksicht auf die deutsche Arbeiterklasse durchsetzt.

Die Arbeiterklasse Ost- und Westdeutschlands muß die Gefahren erkennen, die mit einer Liquidierung der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR verbunden wären. All die enteigneten Kapitalisten und Großgrundbesitzer mit ihrem riesigen Schwanz von Rechtsgelehrten und Helfershelfern warten mit Sehnsucht auf den Tag ihrer Rückkehr. Sie freuen sich darauf, die mit schwerem Schweiß und Fleiß neu aufgebauten Betriebe übernehmen zu können. Alle fortschrittlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Kapitalisten entthront sind, würden mit einem Federstrich beseitigt werden.

Die vorhandenen Mißstände und die falsche Politik der SED und der SU in Deutschland **können nur von der deutschen Arbeiterklasse selbst überwunden werden**. Mit den einfachsten Mitteln und Methoden muß angefangen werden. Aus der

Vergangenheit müssen unverzüglich die Lehren gezogen werden. Der Widerstand breiter Kreise von Betriebsarbeitern, der sich heute bei vielen Anlässen in den Betrieben der DDR bereits mit Erfolg zeigt, muß sich zum revolutionären Kampf gegen die Bürokratenherrschaft in höherer wirksamer Form

entwickeln, der auch der SU zeigt, daß die deutsche Arbeiterklasse in alter revolutionärer Form im Sinne von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu kämpfen versteht, der eines Tages in ganz Deutschland wieder erstehen wird für ein sozialistisches Arbeiterdeutschland.

Die Landesbezirkskonferenz des DGB Baden-Württemberg

Keine Stellung zu den brennenden Fragen

Wer von der Landesbezirks-Konferenz des DGB, die am 24. und 25. Januar in Heilbronn tagte, eindeutige Kampfbeschlüsse bezüglich der Sicherung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse und der Verteidigung ihrer demokratischen Rechte erwartete, mußte eine große Enttäuschung erleben. Es wurden zwar eine Reihe Protestentscheidungen angenommen, z. B. gegen die Absicht des Bundesfinanzministers, die Mehraufwendungen durch das Rentenzulagengesetz zu 60 Prozent aus den Kassen der Rentenversicherungsträger zu nehmen (über 700 Millionen Mark); des weiteren gegen den Personal-mangel beim Gewerbeaufsichtsamt; ebenso über die Dauer der Schulpflicht; über die sogenannte Vorlehre. Diese gewiß wichtigen Fragen wurden ausgiebig debattiert. Es wäre jedoch genügend Zeit vorhanden gewesen, um mehr zu sagen oder zu beschließen über die wichtigsten Fragen, die eine solche Konferenz beschäftigen müßten, nämlich: wie verteidigt sich die Arbeiterklasse gegen die Unternehmeroffensive? Von den Hauptrednern wurde diese Frage nicht behandelt.

Den Reigen eröffnete Wirtschaftsminister Dr. Veit mit einer langen Begrüßungs-Wahl-Rede. Veit beschäftigte sich lediglich mit allgemein bekannten Tatsachen. Das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder sei nur möglich gewesen durch den deutschen Arbeiter, die gute Konjunktur sei nicht zurückzuführen auf die Wirtschaftspolitik Erhards, sondern auf die unerhörte Konjunktur in der Welt seit 1945 und auf die Marshallplan-Hilfe von 12 Milliarden Dollar. Jetzt würden sich aber abschwächende Tendenzen zeigen. Die Frage, ob soziale Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, löste er salomonisch mit dem Satz: „Die Wirtschaftsform ergreifen, die dem Volke nützt.“ Zur Verschärfung der Klassengegensätze meinte er, die Unterschiede im Einkommen gingen über das Maß des Erträglichen hinaus. Dabei verwies er auf England, dort seien die Armen reicher geworden und die Reichen ärmer. Schließlich kritisierte er den Entwurf für das neue Wahlgesetz, um dann trotzdem zu sagen, daß dieses Jahr durch die Wahlen die Entscheidung für die nächsten vier Jahre falle.

Den Delegierten lag ein umfangreicher gedruckter Geschäftsbericht vor. Man hätte demnach erwarten können, daß der mündliche Bericht des Koll. Kleinknecht mehr die gewerkschaftspolitischen Fragen behandle. Kleinknecht erklärte jedoch, daß der mündliche Geschäftsbericht nur eine Erläuterung und Ergänzung des gedruckten Berichts sein soll; auf dieser Konferenz sollten nicht die großen gewerkschaftlichen Fragen besprochen werden. Dies sei Aufgabe des Bundesvorstandes und des Bundeskongresses. U. a. behandelte er die Geschäftslage in Baden-Württemberg.

Im November 1952 gab es rund 80 000 **Erwerbslose**. Der Stand am 15. Januar 1953 sei 130 000. Er meinte aber, daß diese alarmierenden Ziffern nicht der normale Stand, sondern durch die Witterung beeinflußt seien. Als normal könne man 60 000 Erwerbslose betrachten. Aber auch diese 60 000 seien ein schlechtes Zeugnis für unsere Zeit. Die nordbadischen Gebiete Buchen, Wertheim, Tauberbischofsheim, auch Heidelberg und seine nähere Umgebung sowie Lahr, Offenburg lägen in der Arbeitslosenziffer weit über dem Bundesdurchschnitt. Andererseits hätten wir in den Industriegebieten Ludwigsburg, Stuttgart, Eßlingen, Göppingen usw. Arbeitsmöglichkeiten, aber keine Wohnungen.

Einige Kollegen hätten sicherlich vermißt, daß in dem schriftlichen Bericht die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zur **Wehrfrage** mit keinem Wort erwähnt sind. Nach Kleinknecht könne nicht ein DGB-Landesbezirk so und der andere wieder anders entscheiden. Es handle sich um eine Entscheidung, die der Bundesvorstand bzw. der Bundesausschuß zu treffen habe. Diese schicksalhafte Entscheidung müsse von den politischen Parteien und durch den Bundestag gefällt werden. Allerdings sei dazu nicht der jetzige, sondern erst der zu wählende Bundestag legitimiert.

Zur Frage der **Arbeitsgemeinschaft** für Wirtschaft und Arbeitsbeziehungen sagte er, diese Arbeitsgemeinschaft könne nicht verglichen werden mit der früheren zentralen Arbeits-

gemeinschaft. Die neue Arbeitsgemeinschaft sei eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Träger sind das Arbeits-, Wirtschafts- und Kultministerium, und der 1. Vorsitzende ist der frühere Arbeitsminister David Stetter. Die Aufgabe dieser Arbeitsgemeinschaft sei, die „menschlichen Beziehungen“ im Betrieb zu verbessern.

Die Zahl der Mitglieder im DGB-Landesbezirk Württemberg-Baden wird mit 800 000 angegeben. In den zwei Geschäftsjahren ist eine Zunahme um rund 160 000 Mitglieder zu verzeichnen.

Die **Diskussion** gestaltete sich teilweise sehr lebhaft. Die Arbeitsgemeinschaft wurde von fast allen Diskussionsrednern scharf kritisiert und abgelehnt. Eine Entschließung der Stuttgarter Metallarbeiter, die sich mit der Vorlehre und der Arbeitsgemeinschaft befaßt und diese grundsätzlich ablehnt, wurde in der Form angenommen, daß sie dem Vorstand als Material überwiesen wurde.

Koll. Bleicher, Metall-Göppingen, kritisierte sehr scharf den Geschäftsbericht; dieser schildere nicht die wirkliche Situation. Das Kennzeichen des vergangenen Jahres sei das Erstarren der Reaktion. Auch vermisse er einen Bericht über das Reagieren der Mitgliedschaft bei den Aktionen gegen das Betriebsverfassungsgesetz, über den Streik im graphischen Gewerbe und die Erfahrungen mit dem Wiedererstarren der Technischen Nothilfe. Die Gewerkschaften müßten gegen die Drohungen Dehlers kraftvoller reagieren als das bisher geschehen sei. Die Frage, welchen Weg die Gewerkschaften einschlagen sollen, sei nicht beantwortet. Mit Gefühlen lasse sich nichts anfangen. Die Gewerkschaftsbewegung sei zahlenmäßig nie so stark gewesen wie heute, es fehle ihr jedoch die entsprechende Führung.

Von der Gewerkschaft Leder sprach Koll. Mössner zur Frage der Remilitarisierung. Er legte eine Entschließung vor, in der darauf hingewiesen wird, daß das Unternehmertum seine alte Machtstellung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet wieder erreicht hat. Zwischen der Entwicklung von 1918 bis 1933 und 1945 bis heute wurde eine Parallele gezogen. Die Gewerkschaften müßten daraus eine Lehre ziehen. Es sei für die Mitgliedschaft unverständlich, daß der Koll. Freitag in seinem Neujahrartikel die Wiederbewaffnung Deutschlands als abgemacht ansehe. Mit einem Hinweis auf den Sturm der Entrüstung im vorigen Jahr wird verlangt, daß die Konferenz sich klar und eindeutig gegen die Remilitarisierung aussprechen möge.

In der mündlichen Begründung forderte Mössner u. a. zur Ermittlung des Willens der Mitgliedschaft eine Urabstimmung über die Remilitarisierung. Die Entschließung fand nicht die nötige Unterstützung. Zwar bewies der Beifall, den der Koll. Mössner bekam, daß die Mehrzahl der Delegierten die Remilitarisierung ablehnt, aber sie wich der Entscheidung aus, indem sie Koll. Kleinknecht folgte, der diese Frage dem Bundesvorstand bzw. dem Bundesausschuß zuschob.

Arbeitsminister Hohlwegler sprach ebenfalls in der Diskussion. Auf über 2100 Betriebe entfalle 1 Beamter vom Gewerbeaufsichtsamt. Das ist deswegen interessant, weil hier die Frage entsteht, die auch von den Delegierten besprochen wurde, ob das dem früheren Arbeitsminister Stetter nicht auch aufgefallen sein müsse. Hohlwegler erklärte, daß er einen Antrag auf Personalerhöhung des Gewerbeaufsichtsamtes bei der Regierung gestellt habe.

Von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sprach Koll. Stahl, Mannheim, gegen die geplante Verkürzung der Schulzeit aus und gab zur Begründung ein Gutachten des Städt. Gesundheitsamtes Mannheim bekannt. In diesem wird ausgeführt, daß bei den 1952/53 zur Entlassung kommenden Knaben 21,5 % wegen auffälliger körperlicher Unterentwicklung noch nicht als berufsfähig bezeichnet werden können. Bei 15,2 % muß noch vor der Schulentlassung eine Erholungs- bzw. Heilkur zur Berufsertüchtigung durchgeführt werden. 11,2 % von diesen Knaben sind nur als bedingt berufsfähig bezeichnet worden.

In seinem Schlußwort lehnte Koll. Kleinknecht nocheinmal ab, auf die von den Diskussionsrednern aufgeworfenen grundsätzlichen Gewerkschaftsfragen einzugehen, da diese Fragen in dem Referat des Koll. Reuter behandelt würden.

Wer jedoch darauf wartete, daß im Referat des Koll. Reuter „Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft“ grundsätzliche Fragen der Politik und Taktik der Gewerkschaften behandelt würden, wurde wiederum enttäuscht. Die Mehrzahl der Bevölkerung sei unzufrieden, ein kleiner Teil habe die Kriegsfolgen gut überstanden und habe nur noch die Sorge, den Besitz zu vermehren. Das Einkommen von Millionen sei unzureichend, die Arbeitslosenzahl komme an die Grenze von 2 Millionen. Auf der andern Seite sei eine Steigerung des Sozialprodukts auf 130 Milliarden zu verzeichnen. Er stellte die Frage, wie war und wie ist das möglich, da jeder doch das gleiche Wahlrecht besitze. Zweimal habe die Arbeiterschaft die große Chance verpaßt. Er sei der Auffassung, daß das deutsche Volk nicht zur Freiheit und zur Selbstverwaltung erzogen worden sei, daß es, von Not und Sorgen geblendet, das Recht, das der demokratische Staat biete, nicht genutzt habe. Zur Überwindung dieses Zustandes müßten wir an uns selbst anfangen. Die Unternehmer studierten unablässig die Gewerkschaftsbewegung und die Vorgänge in den Betrieben, wie die Arbeiter reagieren, womit sie sich beschäftigen, wie die Versammlungen besucht und durchgeführt werden usw. Sie hätten sich gewissermaßen einen Röntgenapparat aufgebaut. Das Spiegelbild ermuntere die Unternehmer. Es gebe nur eine wirksame Bastion, die der Reaktion entgegenzutreten könne, nämlich die Gewerkschaften. Das Grundgesetz enthalte nur schöne Versprechungen und sei nicht das Gesetz des täglichen Lebens. Die Industrie- und Handelskammern seien das Instrument des Unternehmertums, welches das gesellschaftliche Leben bestimme. Das Recht des Zusammenschlusses im Grundgesetz genüge nicht. Wir müßten dazu kommen, daß die Organisation Spielraum bekomme und daß sie nicht im Tätigwerden behindert und eingeschränkt werde. In Tausenden von Paragraphen und Gesetzen lebe eine längst überholte Periode weiter. Die Gewerkschaften seien bereit zur Zusammenarbeit, sie würden keine Alleinherrschaft anstreben. Die Demokratie höre auf, wenn nur eine Schicht regiere. Die Gewerkschaften wollten aber andererseits auch keine Trabanten sein. Bei den aktuellen Fragen beschäftigte er sich mit Justizminister Dehler. Nach seiner Auffassung bleibe Dr. Dehler nicht mehr so lange Justizminister wie er es bisher war. Er glaube nicht an einen zweiten Mai 1933, denn die Geschichte wiederhole sich nicht. Wer es aber dennoch wagen sollte, einen zweiten Mai 1933 herbeizuführen, richte ein Blutbad an, das ohne geschichtliches Beispiel sei.

Zur Arbeitsgemeinschaft für Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen sagte er, daß diese Kreise einen Kampf führen wollen um die Seele des Arbeiters, um ihn damit loszulösen von seiner Gemeinschaft mit der Gewerkschaft. Vorenthaltener Lohn würde benutzt zur Bekämpfung der Gewerkschaften. Danach erklärte er aber gleich wieder, daß der Bundesvorstand des DGB bald Gespräche mit den Unternehmern führen werde. Davon sei dann die Haltung der Gewerkschaften abhängig. Also erst Gespräche mit den Unternehmern und von diesen soll dann die Haltung der Gewerkschaften abhängen; aber keine konkreten Vorschläge zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Positionen.

Beim Tagesordnungspunkt **Wahlen** war eine gewisse Spannung unter den Delegierten unverkennbar. Im letzten Moment wurde die Tagung unterbrochen, der Vorstand zog sich zurück und bündelte die Meinungsverschiedenheiten über die Vorstandswahlen aus, so daß der 1. Vorsitzende Kleinknecht sowie der 2. Vorsitzende Reibel ohne Gegenkandidaten einstimmig gewählt wurden.

Da vorher den Delegierten schon bekannt war, daß der Koll. Ruess, KPD, abgesetzt werden sollte, versuchte die Versammlungsleitung mit einem Trick die Delegierten zu übertölpeln. Sie schlug vor, als 3. hauptamtlich angestelltes Vorstandsmitglied den Koll. Fleck, Tuttlingen, zu wählen, damit Südwürttemberg eine hauptamtliche Vertretung im Vorstand habe. Kein Wort sollte darüber gesprochen werden, daß Koll. Ruess, das bisherige 3. Vorstandsmitglied, nicht mehr zur Wahl gestellt werden sollte. Kurz vor der Abstimmung wurde jedoch der Vorschlag Ruess gemacht, und nun erst wurde den Delegierten klarer Wein eingeschenkt. Reuter erklärte, daß der Hauptvorstand den Koll. Ruess nicht beständigen könne, auch wenn er von der Konferenz gewählt würde. Die KPD habe sich in ihren Thesen die Eroberung der Gewerkschaften zum Ziele gesetzt, um sie ihren Zwecken dienstbar zu machen. Er warnte vor dieser großen Gefahr

und begründete damit die Ausbootung des Koll. Ruess. Von den Delegierten, die der KPD angehören, wagte keiner, Reuter entgegenzutreten. Ruess mußte sich selber zum Wort melden. Er wandte sich dagegen, daß es in den Gewerkschaften nach dieser Erklärung Reuters zweierlei Arten Mitglieder gebe, daß die eine also nur Beiträge bezahlen, aber keine Ämter bekleiden sollen. Damit sei die Demokratie in den Gewerkschaften praktisch aufgehoben. Man habe ihm zwar einen Posten in einer anderen Abteilung angeboten, er sei jedoch nicht aus materiellen Gründen Angestellter der Gewerkschaft, sondern aus gewerkschaftlichem Interesse und weil er dazu das Vertrauen früherer Kongresse gehabt habe. Es solle nicht der Eindruck entstehen, als ob es ihm um eine Existenz in der Gewerkschaft ginge; deshalb lehne er den andern Posten ab.

Koll. Reuter nahm diese Worte zum Anlaß, zunächst dem Koll. Ruess für seine Arbeit ein Lob zu spenden, dann aber zu erklären, daß die Ablehnung der Verwendung an anderer Stelle auf Parteibefehl geschehen sei.

Bei der geheimen Abstimmung erhielt Fleck 58 und Ruess 36 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen. Zu dieser Wahl und zu den Ausführungen des Koll. Reuter wäre kurz zu sagen, daß das Ziel der KPD — die Eroberung der Gewerkschaften — keine Gefahr für die Gewerkschaften Westdeutschlands bedeute. Alle anderen Parteien versuchen dasselbe zu erreichen, sie haben es nur nicht in Thesen gefaßt. Der Gewerkschaft drohen aber andererseits wirkliche Gefahren, die der Koll. Reuter leider nicht angesprochen und zu denen auch die Konferenz keine Stellung genommen hat.

Zum Krakeel im Solinger Stadthaus

Zum Lärm um die Vorgänge in der Solinger Stadtverordnetenversammlung wird uns berichtet:

Einige Wochen vor den Kommunalwahlen sollten 3 Beigeordnete neu gewählt werden. Davon forderten die CDU 2 und die FSU 1 Beigeordneten. FDP und CDU forderten die Wahl von Fachbeamten und Verschiebung der Wahl bis nach den Kommunalwahlen, weil sie von den Wahlen eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse erwarteten. Die Bestrebungen der CDU und der FDP, die Beigeordnetenwahl zu verschieben, fanden die Unterstützung der Düsseldorf Regierung. Diese Unterstützung ging so weit, daß — der Oberstadtdirektor befand sich auf einer Amerikareise — von Düsseldorf ein Kommissar eingesetzt wurde, der die Aufgabe hatte, darüber zu wachen, daß die Gewählten nicht als Beigeordnete eingesetzt würden.

Inzwischen ist scheinbar eine Kompromißlösung gefunden worden. Die Gewählten sind als Angestellte von der Stadtverwaltung übernommen worden, besitzen aber als solche keine Vollmachten als beamtete Beigeordnete. Nach den Kommunalwahlen wurde der Kommissar wieder zurückgezogen.

Die Wahl selbst brachte keine Änderung der Mehrheitsverhältnisse. Von der KPD-Presse wurde das Ganze als hervorragendes Beispiel zur Herstellung der Aktionseinheit hingestellt. In Wirklichkeit war es ein ganz gewöhnlicher parlamentarischer Kuhhandel. Die KPD war damit gekauft worden, daß die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung einige Wochen vorher eine Erklärung gegen den EVG-Vertrag abgab. Damit waren SPD und FSU für die KPD zu „Friedenskämpfern“ geworden, und alles war in bester Butter.

Nach den Kommunalwahlen waren Oberbürgermeister und Bürgermeister zu wählen. Ohne Gegenvorschlag wurde ein Sozialdemokrat als Oberbürgermeister gewählt. Als Bürgermeister waren ein KPD- und ein CDU-Mann vorgeschlagen worden. Wegen Stimmgleichheit kam eine Wahl nicht zustande. Bei der nächsten Sitzung wurde der KPD-Mann mit einer Stimme Mehrheit gewählt. Um das richtig einzuschätzen, sei bemerkt, daß der Bürgermeister nur eine zweitrangige Figur im kommunalen Leben darstellt. Da die Beigeordnetenwahl erst noch folgen mußte, konnte es sich die SPD nicht erlauben, gegen die KPD zu stimmen, sonst wäre sie Gefahr gelaufen, bei der noch vorzunehmenden Beigeordnetenwahl unter die Räder zu kommen.

Die Solinger Arbeiterschaft hat an der ganzen Angelegenheit nur sehr geringen Anteil genommen. Die KPD konnte ihren weiteren Verfall auch nicht aufhalten.

Gegen die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wurde von der Bezirksleitung der SPD ein Schiedsgericht angerufen, das grundsätzlich die Stimmabgabe für die KPD ablehnte, aber das Verhalten der Solinger SPD mit der einmaligen Lage erklärt.

Können Kommunisten SPD wählen?

Unsere Genossen in Salzgitter haben zu den Gemeindewahlen am 9. November einen Aufruf herausgegeben, in dem sie zur Stimmabgabe für die SPD aufforderten. Diese Haltung und die nachträgliche Begründung in ARPO Nr. 23, Jahrgang 1952, hat bei sehr vielen Genossen Kritik hervorgerufen. Die ARPO hatte vor diesen Kommunalwahlen, die ungefähr die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung berührten, keine Stellung bezogen. In Anbetracht der Konsequenzen dieser neuen Linie für die Bundestagswahlen 1953 scheint eine breite Diskussion der Stellung der Gruppe Arbeiterpolitik zu den Wahlen dringend erforderlich.

Es ist nach zahlreichen Artikeln sozialdemokratischer Propagandisten anzunehmen, daß die SPD zu den Bundestagswahlen mit der Masche kommen wird, sie sei die einzige Oppositionspartei gegen Adenauer; die Stimmen für die KPD seien von vornherein verloren, weil sie kein Mandat erhalten werde. Daher müßten alle Arbeiter für die SPD stimmen. Können wir dann in Salzgitter, wenn die Arbeiter uns wieder fragen und drängen, im Sommer 1953 die Stimmabgabe für die SPD — „für Arbeitermehrheit“ — ablehnen, nachdem wir sie im Herbst 1952 befürwortet haben? Können wir in Salzgitter für, in Stuttgart, Hamburg, Mannheim, Solingen usw. gegen die SPD stimmen?

Was war bisher unsere Stellung zu den Wahlen in der bürgerlich-parlamentarischen Republik?

Wir konnten den deutschen Arbeitern keine der bestehenden „Arbeiterparteien“, SPD oder KPD, empfehlen, weil keine die Interessen der deutschen Arbeiter wahrnimmt, sondern vor allem die Interessen ihrer Schutzmacht.

„Wir sagen dem deutschen Arbeiter: Wenn Du unter all den sich anbietenden Vertretern noch einen einzigen findest, der Dein Vertrauen verdient, dann wähle ihn! Denn Stimmhaltung aus bloßer Bequemlichkeit oder Furcht, selbst zu entscheiden, ändert nichts an den Dingen. — Aber wir fügen auf Grund jahrzehntelanger Erfahrung und unter Berücksichtigung der heute gegebenen Umstände offen hinzu, daß wir keinen Funken Vertrauen zu all diesen Kandidaten aufbringen können.“

(ARPO Nr. 8, Jahrg. 1951. Zu den Niedersachsenwahlen.)

Die organisatorische und finanzielle Kraft zur Aufstellung eigener Wahllisten hatten wir noch nicht, weil der Masse der deutschen Arbeiter diese Notwendigkeit noch nicht bewußt ist. Wahlboykott als Parole herauszugeben, lehnten wir ab. Wir sagten dazu in ARPO Nr. 7, Jahrgang 1949:

„Auch mit dem Wahlboykott ist nichts getan. Sofern nicht vor und nach der Wahl für die Erkenntnisse, die den Wahlboykott rechtfertigen, organisiert gearbeitet wird, ist er eine revolutionär klingende Phrase für Spießerbequemlichkeit.“

Wir stellten den Arbeitern, die uns folgten, frei, für eine der beiden Arbeiterparteien oder für keine zu stimmen, wobei wir wußten, daß die meisten von ihnen für die KP stimmten, wenn sie überhaupt zur Wahl gingen.

Gab uns so die Wahl wegen unserer organisatorischen Schwäche keine Möglichkeit, unsere Anhänger durch eigene Listen zu zählen, so wollten wir doch die Wahlkampagne ausnutzen zu offener Agitation für unsere Ziele durch eigene Versammlungen, Auftreten in Wahlversammlungen der anderen Parteien, Flugblätter usw. Wir haben nach Maßgabe unserer Kräfte die Arbeiter aufgeklärt über den Abbau des parlamentarischen Systems, die Verlogenheit der Wahlversprechungen, die überragende Bedeutung der außerparlamentarischen Aktionen der Arbeiter für die Durchsetzung ihrer Ziele. War schon früher, in den normalen Zeiten funktionierender bürgerlicher Demokratie das Parlament nicht das wirkliche Schlachtfeld, nicht die Bretter, die die Welt bedeuten, sondern nur ein mehr oder weniger verzerrter Reflex der wirklichen Welt und ihrer Kräfteverhältnisse, so galt das umso mehr nach 1945: Die Besatzungsmächte dirigierten die Ausarbeitung der Verfassungen und die Parlamente. Dazu kam als Charakteristikum der neuesten Entwicklung der bürgerlichen Demokratie die ständige Änderung der Wahlgesetze mit dem offen ausgesprochenen Ziel, der bestehenden Regierung die Mehrheit zu sichern: Ausschaltung kleiner Parteien

durch 5 Prozent-Klausel, Listenverbindung der Koalitionsparteien, Abschaffung des gerechten Proportional-Wahl-systems. Ergebnis ist, daß jeder Wahlgang eine Stichwahl wird zwischen Regierungskoalition und Opposition. Nachdem in Westdeutschland die Opposition mit den allgemeinen Zielen der Regierung übereinstimmt, ist nicht einmal eine bürgerlich-demokratische Wahl im alten Sinne mehr möglich. Es wird wie in den USA, wo der Wähler frei zwischen zwei verschiedenen Richtungen desselben Kapitalismus entscheiden darf. Die Reformisten in den USA und auch in Deutschland wollen den Arbeitern einreden, daß es nur diese Alternative gebe. Dieses demagogische Argument anzuerkennen wäre Reinfall auf die These des kleineren Übels, die die Politik des größten Übels war und ist.

Die SPD — und zum Teil auch die KPD — vernebelte die Arbeiter mit der Phrase, daß die Wahlen alles entscheiden. Damit war man um die Mobilisierung zu außerparlamentarischem Kampf herumgekommen und konnte die Schuld für die eigene Inaktivität den „dummen“ Arbeitern aufbürden, die noch CDU gewählt hatten. Diese Thesen gebrauchten auch Fette und Freitag, um ihre Kapitulation beim Betriebsverfassungsgesetz zu decken.

Demgegenüber sagen wir den Arbeitern, daß ihre Kraft im Betrieb und auf der Straße liegt. Durch unsere Aktivität als Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre haben wir versucht, die Arbeiter zu beeinflussen. Wir wollen ihnen helfen, ihre Kämpfe besser zu organisieren und Kampferfahrungen zu sammeln. Hier, in Betrieb und Gewerkschaft, sind wir in ständigem Kontakt mit der Masse der Werktätigen, auch der sozialdemokratischen.

Stimmabgabe für SPD = Einheitsfronttaktik?

In der Begründung zur Stimmabgabe für die SPD wird gesagt:

„Heute ist die Situation eine völlig andere... Massen folgen der KPD nicht mehr, dagegen folgen Millionen Arbeiter der verderblichen Politik der SPD. Kommunistische Einheitsfronttaktik durchführen, heißt aber an die Illusionen der Massen anknüpfen, um sie an Hand der eigenen Erfahrung von der Schädlichkeit der Politik ihrer Führer zu überzeugen. Die Gruppe Arbeiterpolitik hat daher in Salzgitter unter völliger Wahrung ihres eigenen politischen Standpunktes und absoluter Freiheit der Kritik an der SPD die Arbeiter aufgefordert, den SPD-Kandidaten ihre Stimme zu geben, auf daß diese Gelegenheit erhalten, ihre Versprechungen zu erfüllen.“

Die Stimmabgabe für die SPD wird also als Einheitsfronttaktik dargestellt. — Unseres Wissens ist es hier das erste Mal, daß eine rein parlamentarische Maßnahme, die sich beschränkte und beschränken mußte auf die Unterstützung der SPD bei den Kommunalwahlen, als Einheitsfronttaktik ausgegeben wird. In der Plattform der KPD-O heißt es unter Frage 96 a:

„Was ist der Zweck der Taktik der Einheitsfront?“

1. die Durchführung der geschlossenen Massenaktionen der Arbeiterschaft für Tagesziele und -losungen.“

In einem Artikel von August Thalheimer „Zur Dialektik der kommunistischen Einheitsfronttaktik“ in „Gegen den Strom“, Nr. 52, Jahrgang 1930, heißt es:

„Um die kommunistische Einheitsfronttaktik voll auszuschöpfen und bis an ihre Grenzen zu führen, darf sie von ihrem wesentlichen grundsätzlichen Inhalt nichts preisgeben. Das ist die Verbindung gemeinsamer Aktion mit nichtkommunistischen Arbeitern mit grundsätzlicher kommunistischer Propaganda...“

Überall kehrt also der Gedanke wieder, daß das Schwergewicht der Einheitsfront in den gemeinsamen außerparlamentarischen Aktionen liegt. Vor 1933 war die KPD in vielen Orten stark und hat die Einheitsfronttaktik angewandt. Die SPD hatte zwischen 7 und 9 Millionen Wähler, war innerlich stärker als heute. Es ist kein Fall bekannt, daß die KPD-O für die SPD-Liste gestimmt und damit auf die Freiheit der Agitation verzichtet hätte. Dagegen muß unweigerlich bei der Propaganda für die SPD-Liste unsere Freiheit der Kritik leiden. Denn wir können nicht offen alle politischen Schritte der

SPD in den Wahlversammlungen anprangern und dann am Schluß die Arbeiter auffordern, diese Partei der Mörder an Arbeiterführern, der Remilitarisierung und der Koalitionspolitik zu wählen, die bereits seit 1914 offen Marxismus und Klassenkampf abgeschworen hat.

Es wäre denkbar gewesen, etwa gegen die Demontage oder die Neonazis der SPD gemeinsames Vorgehen vorzuschlagen.

Solche Vorschläge an die SPD-Führung und unteren SPD-Leitungen zu gemeinsamer außerparlamentarischer Aktion haben natürlich nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Massen der SPD-Arbeiter sie verstehen, billigen und in diesem Sinne Druck auf ihre Führungen ausüben. Das hat zur Voraussetzung eine gesunde kommunistische Bewegung, die durch ihre Politik Vertrauen bei den Massen der noch reformistisch beeinflussten Arbeiter erworben hat. So heißt es in ARPO Nr. 19, Jahrgang 1952, in dem Artikel: „Die Parole der Aktionseinheit“, der sich mit der Einheitsfronttaktik der KPD auseinandersetzt:

„Der entscheidende Grund, warum die KPD mit dieser Parole keinen Anklang findet, ist nicht taktischer Natur... Er liegt darin, daß Einheitsfront bedeutet, sozialdemokratische Arbeitermassen von der Verderblichkeit der SPD-Politik und gleichzeitig der Richtigkeit einer revolutionären kommunistischen Politik zu überzeugen. Das aber bedeutet, daß es eine revolutionäre kommunistische Partei gibt, die die Überlegenheit ihrer kommunistischen Politik und ihrer Grundsätze beweisen kann. Das Wesen der Einheitsfront besteht nicht in Äußerlichkeiten, wie Angeboten zu gemeinsamem Handeln an die SPD-Führung und die SPD-Arbeiter, **Aufforderungen an die KPD-Mitglieder, für sozialdemokratische Kandidaten bei den Wahlen zu stimmen. Das Wesen dieser kommunistischen Taktik besteht darin, daß sich in gemeinsamen Kämpfen den sozialdemokratischen Arbeitern die Überlegenheit des kommunistischen Standpunktes erschließt.**“

Also erste Voraussetzung proletarischer Einheitsfront: Bestehen einer gesunden kommunistischen Partei. Zweite Voraussetzung: Von den SPD-Arbeitern verstandene Vorschläge zu gemeinsamen außerparlamentarischen Aktionen. — Aufforderung zur Stimmabgabe für die SPD führt nicht zu gemeinsamen Kämpfen.

Daraus ergibt sich die Beantwortung der Frage, ob Stimmabgabe für die SPD Einheitsfronttaktik ist.

Wofür kämpft die SPD bei den Wahlen?

Gehen wir nach diesen allgemeinen Erwägungen zur konkreten Frage über.

Aus der Fülle der Tatsachen stellen wir fest:

Am 12. Dezember, also nach Adenauers Attacke gegen Heuss und Karlsruhe, forderte Ollenhauer im Namen der SPD „neue Vertragsverhandlungen mit der freien Welt auf der Basis der Eingliederung der Bundesrepublik in ein westliches Verteidigungssystem bei völliger deutscher Gleichberechtigung“. In seinem Neujahrsartikel sagt Ollenhauer das gleiche mit anderen Worten. Schumacher hatte offensive Verteidigung an Njemen und Weichsel und mehr US-Divisionen in Deutschland verlangt.

Ziel der SPD ist also, bei den Bundestagswahlen eine so starke Position zu erkämpfen, daß die deutsche und amerikanische Bourgeoisie sie bei der Remilitarisierung nicht mehr ausschalten und übergehen kann. Unsere Aufgabe muß sein, das den SPD-Arbeitern zu erklären und alle Tatsachen zu sammeln, die das beweisen. Können wir dann gleichzeitig die Arbeiter auffordern, für diese SPD zu stimmen? Diese Taktik würde kein Mensch verstehen.

Unsere Antwort:

1. Die allgemeine Bedeutung von Wahlen

Unsere Kritiker stellen die Frage, ob Kommunisten SPD wählen können? Bevor wir sie beantworten, ist es zweckmäßig, die allgemeine, bisher unbestrittene Stellung der Kommunisten zu den Wahlen in der bürgerlichen Demokratie zu betrachten.

Diese besteht darin, daß Wahlen, welches auch immer ihr Ergebnis, nichts an den grundlegenden gesellschaftlichen Gegebenheiten ändern können. Während der Reformismus den Arbeitern vorschwindelt, daß „richtig wählen“ das Wesentliche in der Politik sei, daß man über Wahlsiege scheidlich-

Es gibt offenbar Grundsatzfragen, in denen Einheitsfront unmöglich ist.

Im außerparlamentarischen Kampf entsteht die revolutionäre Partei

Die Stellungnahme unserer Genossen in Salzgitter und ihre Begründung in der ARPO rührt an die wichtige Frage, wie die SPD-Arbeiter für den Kommunismus zu gewinnen sind in einer Zeit, in der der Name Kommunismus durch die sowjetische Besatzungspolitik und durch die KPD völlig diskreditiert ist. Es ist eine halbe Wahrheit, wenn in ARPO Nr. 23, Jahrgang 1952, behauptet wird: „Massen folgen der KPD nicht mehr. Dagegen folgen Millionen Arbeiter der verderblichen Politik der SPD.“

Die SPD erhielt 1949 6,9 Millionen Stimmen = 28,5 Prozent. Die KPD erhielt 1,36 Millionen = 5,6 Prozent, also ein Fünftel der SPD-Stimmen.

Es gibt in Westdeutschland rund 15 Millionen Werktätige. Es sind also Millionen keine Anhänger der SPD, sondern stehen z. T. instinktiv links von ihr, in Opposition. Sie sehen aber noch keine Kraft, der sie sich anschließen können. Diese Millionen sind genau so wichtig wie die Millionen Werktätiger, die noch aus Tradition — nicht aus Vertrauen — der SPD folgen. An beide Gruppen heranzukommen ist unsere Aufgabe. Diese Aufgabe müssen wir in Betrieb und Gewerkschaft lösen, indem wir unsere richtige Linie einfach und verständlich darlegen. Stehen wir in den Kämpfen gemeinsam mit ihnen, machen wir dort die besten Vorschläge, sind wir die konsequentesten Streiter in den Tageskämpfen, werden wir ihr Vertrauen erringen.

„Vor der deutschen Arbeiterklasse steht im gegenwärtigen Moment überhaupt kein Problem der Aktionseinheit. Das wirkliche Problem ist die Herausarbeitung einer Politik auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze und die Herausbildung eines kommunistischen Kaders, der den Kern für eine revolutionäre kommunistische Partei abgibt. Erst wenn die deutsche Arbeiterbewegung wieder eine ernsthaft revolutionäre Strömung mit wirklichen kommunistischen Grundsätzen aufweisen wird, wird die Frage der Einheitsfront, das heißt der Eroberung der sozialdemokratischen Arbeiter für den Kommunismus, erneut auf der Tagesordnung stehen. Die Notwendigkeit einer solchen selbständigen Führung wird umso gebieterischer, je mehr sich die Klassenkämpfe und die in ihnen zutage tretende Unfähigkeit des Reformismus zuspitzen. Daher ist jede wirkliche Aktion der Arbeiterschaft, jeder Streik, jede Demonstration, die die Einsicht in diese Notwendigkeit fördern, ungleich wichtiger als sämtliche KPD-Appelle zur Aktionseinheit.“ (ARPO Nr. 19, Jahrgang 1952.)

* *

*

Mit diesen Gedanken soll die Diskussion in der ARPO und in den Gruppen eingeleitet werden. Zur Klärung der Fragen wäre es erwünscht, wenn die Befürworter der Stimmabgabe für die SPD folgende Fragen klar beantworten würden:

1. Was sind die neuen Ereignisse, die im Oktober 1952 ein Abgehen von der bisherigen Linie der Gruppe Arbeiterpolitik in der Wahlfrage rechtfertigen, nachdem noch im Sommer 1951 diese auch für Salzgitter Geltung hatte.
2. Welche Stellung wollen die Befürworter der Stimmabgabe für die SPD bei den Bundestagswahlen beziehen?

Einige Stuttgarter Genossen

Grundsätze und Taktik

friedlich in den Sozialismus hineinrutschen und die Unternehmer nach und nach ausschalten könne, ist es eine kommunistische Grunderkenntnis, daß sich im Wahlergebnis günstigstenfalls die wirklichen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft widerspiegeln, daß aber niemals Wahlen selbst diese bestehenden Kräfteverhältnisse der Klassen ändern können.

Daraus ergibt sich die Bedeutung der Wahlen für die kommunistische Bewegung. Da Wahlen die gesellschaftlichen Kräfteverschiebungen widerspiegeln können, sind sie zunächst Stimmungsbarometer, einer der Maßstäbe (und auch nicht immer ein untrüglicher) für den Einfluß der verschiedenen politischen Strömungen, Parteien usw.

Andererseits gehört es zum Funktionieren der bürgerlichen Demokratie, daß breite Massen noch daran glauben, daß Wahlergebnisse von entscheidendem Einfluß auf ihr Schicksal seien. Jeder Wahlkampf und der dabei inszenierte Stimmenfangrummel steigert das allgemeine politische Interesse. Millionenmassen, die sonst noch nicht einmal eine Zeitung lesen, werden in die Diskussion hineingezogen, wachen auf. Diese letztere Seite der Wahlen — das erhöhte politische Interesse — bildet eine günstige Gelegenheit zu **Agitation und Propaganda** kommunistischer Politik.

2. Sind Wahlen taktische oder Grundsatzfragen?

Um die Frage unserer Kritiker beantworten zu können, bedarf es einer weiteren Klarstellung. Man unterscheidet in der bewußten Bewegung der Arbeiterklasse zum Sozialismus zwei innig verknüpfte, dabei aber doch verschiedene Gesichtspunkte: die Grundsätze auf der einen, die Taktik auf der anderen Seite.

Die **Grundsätze** sind unabänderliche Ziele, Rückgrat der Bewegung, die keine Kompromisse, kein Abhandeln oder Feilschen dulden. Solche sind beispielsweise die Enteignung der Kapitalistenklasse, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und ähnliches mehr.

Von diesen Grundsätzen zu unterscheiden sind die Mittel und Wege, um diese Grundsätze zu verwirklichen, um sie in die Köpfe der Arbeiter zu verpflanzen, um eine Mehrheit der Arbeiterklasse für sie zu gewinnen. Dies ist die **Taktik**. Sie ist von der besonderen Situation, den jeweiligen politischen Fragen, die die Massen bewegen, kurz einer Fülle von Faktoren abhängig. Daher zeichnet sie sich durch größte Elastizität aus. Die Grundsätze sind der höhere, übergeordnete Gesichtspunkt.

In unserer Diskussion ist zunächst die Frage zu entscheiden: Ist die Stellungnahme in Wahlen eine Angelegenheit der Grundsätze oder gehört sie in den Bereich der Taktik?

Die Antwort ist klar. Da Wahlen an den entscheidenden gesellschaftlichen Gegebenheiten nichts ändern können, d. h. kein Mittel der gesellschaftlichen Umwälzung sind, **gibt es keine kommunistischen Grundsätze, die eine bestimmte Stellungnahme vorschreiben**; vielmehr handelt es sich um eine reine Zweckmäßigsfrage im Sinne der Ausnützung der Wahlen für Agitation und Propaganda der eigenen Auffassung. Damit ist gesagt, daß die Stellungnahme in Wahlen **taktischer Natur** ist.

Demonstrieren wir das eben Gesagte an Hand eines Beispiels aus der Geschichte der kommunistischen Bewegung. Im Jahre 1920 empfahl **Lenin** den englischen Kommunisten:

„Daß die Henderson, Clynes, Macdonald, Snowden“ (also die englischen **Ollenhauer** und **Schumacher** ihrer Zeit) „hoffnungslos reaktionär sind, ist richtig. Ebenso richtig ist, daß sie die Macht in ihre Hände nehmen wollen (dabei aber, nebenbei bemerkt, eine Koalition mit der Bourgeoisie vorziehen), daß sie nach denselben uralten bürgerlichen Regeln „regieren“ wollen, daß sie, einmal zur Macht gelangt, unvermeidlich ebenso handeln werden wie die Scheidemann und Noske. Das stimmt alles. Aber daraus folgt keineswegs, daß die Unterstützung dieser Leute ein Verrat an der Revolution ist, sondern es folgt daraus, daß die Revolutionäre aus der Arbeiterklasse **im Interesse der Revolution** diesen Herrschaften eine gewisse parlamentarische Unterstützung gewähren müssen ...“

Lehnen die Henderson und Snowden den Block mit den Kommunisten ab, so haben die Kommunisten sofort einen Gewinn davon, denn das erobert ihnen die Sympathien der Massen und diskreditiert die Henderson und Snowden, und sollten wir dadurch einige Plätze im Parlament verlieren, so ist das für uns ganz unwichtig. Wir würden unsere Kandidaten nur in einer ganz geringen Zahl durchaus zuverlässiger Bezirke aufstellen, d. h. dort, wo das Aufstellen unseres Kandidaten nicht dem Liberalen zum Siege über den Labouristen verhelfen würde. Wir würden eine Wahlagitation treiben, Flugblätter verbreiten zugunsten des Kommunismus und in allen Bezirken, wo wir keinen eigenen Kandidaten aufstellen, empfehlen, für den **Labouristen** gegen den **Bourgeois** zu stimmen. Genossin Sylvia Pankhurst und Genosse Gallacher irren, wenn sie **darin einen Verrat am Kommunismus oder einen Verzicht auf den Kampf gegen die Sozialverräter sehen. Im Gegenteil, dadurch würde die Sache der kommunistischen Revolution ohne Zweifel gewinnen.**

Den englischen Kommunisten ist es jetzt oft schwer, an die Masse auch nur heranzukommen, sich bei ihr auch nur

Gehör zu verschaffen. Wenn ich als Kommunist auftrete und erkläre, daß ich auffordere, für Henderson und gegen Lloyd Georges zu stimmen, so wird man mich gewiß anhören. Und ich werde nicht nur in populärer Weise erklären können, warum die Sowjets besser sind als das Parlament, warum die Diktatur des Proletariats besser ist als die Diktatur Churchills (die durch das Aushängeschild der bürgerlichen „Demokratie“ verdeckt wird), sondern ich werde auch erklären könne, daß ich Henderson durch meine Stimmabgabe ebenso unterstützen möchte wie der Strick den Gehängten; daß die baldige Übernahme der Regierung durch die Henderson ebenso beweisen wird, daß ich Recht habe, ebenso die Massen auf meine Seite ziehen wird, ebenso den politischen Tod der Henderson und Snowden beschleunigen wird, wie das in Rußland und in Deutschland mit ihren Gesinnungsgenossen der Fall war.

Und wenn man mir entgegen wird, das sei eine zu „schlaue“ oder zu komplizierte **Taktik**, die Massen würden sie nicht verstehen, sie werde unsere Kräfte zerstreuen, zersplittern, werde uns hindern, diese Kräfte auf die Sowjetrevolution zu konzentrieren usw., so antworte ich diesen „radikalen“ Opponenten: wälzt euren Doktrinarismus nicht auf die Massen ab! In Rußland war das Kulturniveau der Massen gewiß nicht höher, sondern niedriger als in England. Und dennoch haben die Massen die Bolschewiki begriffen.“

(Lenin, Ausgewählte Werke, Band X, S. 116 und 123 bis 124. Gesperrte Stellen von Lenin, fette von uns hervorgehoben.)

Aus den zitierten Sätzen sieht man ohne weiteres, daß für Lenin die Frage der Aufstellung eigener Kandidaten oder die Aufforderung an die kommunistischen Arbeiter, für den Sozialdemokraten (Labouristen) zu stimmen, rein taktischer Natur ist. Ja noch mehr, er beweist, daß unter gewissen Bedingungen die Stimmabgabe für den reformistischen Gegner „im Interesse der Revolution“ sein kann. Schon daraus ergibt sich ganz allgemein, daß die Frage „**Können Kommunisten SPD wählen?**“ zu bejahen ist.

Ein wesentlicher Fehler unserer Kritiker besteht darin, daß sie, bewußt oder unbewußt, die Aufforderung, SPD zu wählen, als **Grundsatzfrage** ansehen. Das zeigt schon der Titel ihres Diskussionsbeitrages. Das Zitat aus „Gegen den Strom“, das sie mißverstanden haben, bezieht sich auf den „wesentlichen grundsätzlichen Inhalt“. Und dann heißt es unmißverständlich:

„Es gibt offenbar Grundsatzfragen, in denen Einheitsfront unmöglich ist.“

Unseren Kritikern scheint also Stimmabgabe für die SPD eine Art kommunistischen Sündenfalls zu sein. Wie wir sahen, hat bereits Lenin diese Ansicht im „Radikalismus“ als ultralinken Fehler bekämpft.

3. Wahlen und Einheitsfronttaktik

Was ist überhaupt Einheitsfronttaktik und welches sind ihre Voraussetzungen? Die Grundlage ist die Tatsache der Spaltung der politisch organisierten Arbeiterschaft in einen revolutionären und einen reformistischen Flügel, wobei letzterer die Mehrheit hinter sich hat. Der entscheidende taktische Gesichtspunkt ist die Gewinnung der reformistischen Arbeiter, die Schaffung einer soliden Mehrheit für die revolutionären Ziele des Kommunismus. Da wir uns klar sind, daß dies nicht allein durch Agitation und Propaganda zu erreichen ist, sondern daß die **eigene Erfahrung** der den Reformisten folgenden Arbeitermassen die ausschlaggebende Rolle spielt, handelt es sich darum, ihnen zu helfen, diese Erfahrungen zu sammeln und auszuwerten.

Allgemein gesehen, ist der Satz unserer Kritiker absolut richtig, daß „das Schwergewicht der Einheitsfront in den gemeinsamen außerparlamentarischen Aktionen liegt“. Falsch dagegen ist der Gebrauch, den sie von dieser elementaren Wahrheit machen. Sie folgern nämlich aus dem angeführten richtigen Satz, daß man **parlamentarische Einheitsfrontmanöver** nicht durchführen dürfe, sondern daß der Geltungsbereich der Einheitsfronttaktik **nur** außerparlamentarisch sei. So schreiben sie:

„Die Stimmabgabe für die SPD wird also als Einheitsfronttaktik dargestellt. — Unseres Wissens ist es hier das erstemal, daß eine rein parlamentarische Maßnahme, die sich beschränkte und beschränken mußte auf die Unterstützung der SPD bei den Kommunalwahlen, als Einheitsfronttaktik ausgegeben wird.“

„Aufforderung zur Stimmabgabe für die SPD führt nicht zu gemeinsamen Kämpfen. Daraus ergibt sich die Beantwortung der Frage, ob Stimmabgabe für die SPD Einheitsfronttaktik ist.“

Diese Folgerungen sind grundfalsch und widersprechen der gesamten Erfahrung und Praxis der Einheitsfront. Warum?

Wir sahen, daß es der Grundgedanke der Einheitsfront ist, den Arbeitern das Sammeln eigener Erfahrungen mit den reformistischen Führern leichter zu machen, ihnen durch die Praxis die Illusionen zu rauben, die sie an die sozialdemokratischen Führer ketten. Dabei sind naturgemäß die Erfahrungen im außerparlamentarischen Kampf weitaus am wichtigsten. Aber gibt es denn keine Erfahrungen parlamentarischer Natur? Ein beträchtlicher Teil der reformistischen Illusionen beruht ja gerade darauf, daß die sozialdemokratische Führung, einmal mit dem Stimmzettel an „die Macht“ gebracht, diese zum Hebel des „sozialen Fortschrittes“, der Verbesserung des Loses der Arbeiterklasse usw. machen könne. Eigene Erfahrung der Arbeitermassen auf diesem Gebiete bedeutet Anschauungsunterricht durch die Tätigkeit sozialdemokratischer Regierungen und sozialdemokratischer Kommunalverwaltungen. Deshalb haben Revolutionäre ein **positives Interesse daran**, die sozialdemokratischen Führer „an die Macht“ zu bringen, indem sie sie in Lenins Worten unterstützen „wie der Strick den Gehängten“. Weil diese Seite, die Sammlung politischer Erfahrung mit der Praxis der eigenen Führung, so enorm wichtig ist, sind Wahlen immer von wirklichen Kommunisten ausgenutzt worden, **um den Sozialdemokraten die Möglichkeit zu geben, ihre Versprechungen auszuführen.**

Was unseren Kritikern unbekannt zu sein scheint, ist also: **Es gibt eine parlamentarische Seite der Einheitsfronttaktik**, die zwar, **allgemein** gesehen, geringere Bedeutung hat als die außerparlamentarische Aktion, die aber gerade in dieser Diskussion die zu beachtende Seite ist, denn es handelte sich in Salzgitter um eine Wahl.

Natürlich macht die Stimmabgabe für die SPD **allein** noch keine Einheitsfronttaktik aus. Dies gilt nur dann, wenn die Aufforderung mit einer zweckentsprechenden Propaganda verknüpft wird, wie es unsere Salzgitter-Genossen getan haben.

Der wirkliche Zusammenhang der parlamentarischen und der außerparlamentarischen Seite der Einheitsfronttaktik besteht darin, daß die parlamentarische Seite der Einheitsfronttaktik so gestaltet wird, daß sie die Einsicht in die Notwendigkeit der außerparlamentarischen Aktion, des Sturzes des Kapitalismus, der Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse fördert.

4. Zur parlamentarischen Seite der Einheitsfront

Es ist für unsere Kritiker „hier das erstmal, daß eine rein parlamentarische Maßnahme... als Einheitsfront ausgegeben wird“. Abgesehen davon, daß wir uns nur schwer vorstellen können, daß diesen Genossen Lenins „Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus,“ unbekannt geblieben sei, glauben wir, daß den zitierten Sätzen eine nur oberflächliche Bekanntschaft mit den kommunistischen Erfahrungen der Weimarer Zeit zugrundeliegt.

Die Kritiker glauben offenbar, weil Kommunisten in der Weimarer Republik niemals in Urwahlen zur Stimmabgabe für die SPD aufgerufen haben, daß dem immer so sein müsse. Statt die Gründe zu analysieren, die dafür ausschlaggebend waren, **versichern** sie uns, daß Stimmabgabe für die SPD falsch sei.

Warum ist es in der Weimarer Republik niemals zur kommunistischen Aufforderung, für die SPD zu stimmen, gekommen, obgleich dies mit den kommunistischen Grundsätzen durchaus vereinbar ist, ja in gewissen Fällen eine taktische Notwendigkeit sein kann?

1. Wurde in der Weimarer Zeit nach dem **Verhältniswahlrecht** gewählt. Dies bedeutete, daß keine Stimme verloren ging. Der SPD war es daher in den meisten Fällen unmöglich, die Ausrede zu gebrauchen, daß die KPD durch eigene Listen die Arbeitermehrheit verhindere, indem Arbeiterstimmen sich zersplittern. Das heißt aber keineswegs, daß in der Weimarer Zeit die Einheitsfronttaktik nicht auch parlamentarisch angewendet worden wäre, sondern nur, daß dies in den Urwahlen gewöhnlich nicht notwendig war.

Die parlamentarische Anwendung der Einheitsfront **verschob sich** unter dem Verhältniswahlrecht von den Urwahlen in die Parlamente. Es war Pflicht, sozialdemokratische Minderheitsregierungen in Länder- und Gemeindeparlamenten gegen die Bürgerlichen zu unterstützen, um ihnen Gelegenheit zu geben, ihre demagogischen Versprechungen in

die Praxis umzusetzen, um die Koalition der SPD mit Bürgerlichen zu verhindern, die sie ohne kommunistische Unterstützung meistens eingehen „mußte“. Eines der markantesten Zeichen ultralinker Eseleien war die Abkehr von der Losung der Schaffung „sozialdemokratisch-kommunistischer Arbeitermehrheiten“ und die scheinradikale Parole: „Hie Kommunismus — hie SPD.“

Für unsere Diskussion ist folgendes wichtig: Besteht ein prinzipieller Unterschied zwischen der Aufforderung an die Wähler, in Urwahlen SPD zu wählen, und der Wahl und Unterstützung sozialdemokratischer Minderheitsregierungen in Gemeinde- und Länderparlamenten? Kann man es grundsätzlich ablehnen, die Wähler aufzufordern, für die SPD zu stimmen, wenn das für die gewählten Vertreter der Arbeiter zulässig ist? Nein, denn es gibt hier keine Grenze! Wenn man den kommunistischen Arbeitern klarmachen kann und muß, daß kommunistische Abgeordnete SPD-Regierungen unter gewissen Umständen unterstützen müssen, dann kann und muß man ihnen ebenso klar machen, daß die direkte Wahl von Sozialdemokraten notwendig sein kann.

2. In den Fällen, in denen vor 1933 getrennte Listen in den Urwahlen eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit gefährden konnten, hat die KPD zur **Listenverbindung** mit der SPD aufgefordert! Am 2. April 1929 sandte die Leitung der KPD an die KPD einen offenen Brief zur Vorbereitung der Sachsenwahlen, in dem es u. a. hieß:

„Indem wir mit Nachdruck im Wahlkampf die entscheidende Bedeutung der außerparlamentarischen Bewegung der Massen hervorheben, müssen wir zugleich klipp und klar erklären, daß wir bereit sind, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen. In Konsequenz einer solchen Politik müssen wir der Sozialdemokratischen Partei Listenverbindung vorschlagen. Bei den umstrittenen Mehrheitsverhältnissen im sächsischen Landtag kann davon unter Umständen das Zustandekommen einer sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit abhängen. Eine solche Mehrheit ist aber vom revolutionären Standpunkt aus wünschenswert, weil dadurch den Sozialdemokraten verwehrt wird, den Massen einzureden, ihnen sei die Erfüllung ihrer Versprechungen nur deshalb nicht möglich, weil für ihre Durchführung im Landtag keine Mehrheit vorhanden sei.“

3. Das klassische Beispiel in der Weimarer Republik, wo es notwendig war, in der Urwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, waren die **Reichspräsidentenwahlen** im Jahre 1925.

Es kandidierten im 2. Wahlgang **Hindenburg** für die Rechte, **Marx** für das Zentrum und **Thälmann** für die KPD. Die SPD hatte zugunsten des Zentrums ihren Kandidaten aus dem 1. Wahlgang, **Braun**, zurückgezogen. Resultat: Hindenburg wurde mit 14,7 Millionen Stimmen gewählt gegen Marx, der 13,8, und Thälmann, der 1,9 Millionen Stimmen erhielt.

Man kann an diesem Falle in Reinkultur richtige Einheitsfront und dogmatischen Blödsinn studieren. Die Kandidatur Thälmanns war eine bloße Zählkandidatur, die „aus prinzipiellen Gründen“ aufrechterhalten wurde, weil man doch nicht für die „Arbeiterverräter und -mörder“ stimmen durfte. Damit hatte die sozialdemokratische Führung die Ausrede, warum sie das kleinere Übel, den Bürgerlichen Marx, wählen konnte, und das herrliche Argument, daß letzten Endes der reaktionäre Hindenburg gewählt wurde, weil die Kommunisten ihn durch Stimmzersplitterung durchbrachten!

Was wäre die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik gewesen? **Sinowjew** forderte vom 10. Parteitag der KPD, der vom 12. bis 17. Juli 1925 in Berlin tagte,

„offen auszusprechen, daß die Partei einen Fehler beging, als sie den Rat nicht befolgte, den ihr die Exekutive der Komintern nach der ersten Präsidentenwahl vor der Wahl Hindenburgs erteilt hat — den Rat, sich an die deutsche Sozialdemokratie zu wenden und sich bereit zu erklären, unter bestimmten Bedingungen die kommunistische Kandidatur zugunsten der sozialdemokratischen Kandidatur zurückzuziehen.“ (X. Parteitag, S. 173.)

Die kommunistische Opposition hat **diesen** Standpunkt in **dieser** Frage immer gebilligt.

Die Reichspräsidentenwahl illustriert sehr anschaulich den Unterschied zwischen Grundsatz und Taktik an einem konkreten Beispiel. Vom Standpunkt der kommunistischen **Grundsätze** ist es völlig gleichgültig, ob der Reaktionär Hindenburg oder der Sozialdemokrat **Ebert** an der Spitze des kapitalistischen Staatsapparates steht. In einem Fall wie im andern bleibt der kapitalistische Staat kapitalistischer Staat.

Vom Standpunkt der **Taktik** jedoch, d. h. der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für den Kommunismus, ist es von **entscheidender Bedeutung**, ob ein Sozialdemokrat oder ein Reaktionsär die Lumpereien der bürgerlichen Politik durchführt. Der sozialdemokratische Arbeiter empfindet die Schandtaten des bürgerlichen Reichspräsidenten als Taten **seines Gegners**, die eines Sozialdemokraten aber als empörenden Prinzipienbruch **seines Genossen**. Das ist aber die vom Standpunkt der kommunistischen Taktik aus **notwendige Vorstufe seiner Gewinnung für den Kommunismus**.

Erinnern wir nur daran, daß die unter Ebert vorgenommene Reichsexekutive 1923 gegen die sächsische SPD-KPD-Regierung die sozialdemokratische Arbeiterschaft zutiefst aufwühlte und einen breiten Einbruch ins SPD-Lager gestattet hätte, wären die ultralinken Narren der SPD-Führung nicht zu Hilfe gekommen. Dies beweist wieder unsere Behauptung, daß die kommunistische Bewegung ein positives Interesse daran hat, den SPD-Arbeitern ihre Führung in der Praxis zu zeigen.

5. Sollen wir SPD oder KPD wählen?

Der nächste Trumpf der Kritiker ist:

„Es ist kein Fall bekannt, daß die KPD-O für die SPD-Liste gestimmt und damit auf die Freiheit der Agitation verzichtet hätte.“

Die Tatsache, daß die KPD niemals für die SPD-Liste aufrief, stimmt, aber daß dies nicht dogmatischen Gründen geschuldet war, beweist die Aufforderung der KPD in den Sachsenwahlen 1929, eine Listenverbindung einzugehen.

Warum stimmten wir aber vor 1933 immer KPD, wenn wir keine eigenen Listen aufstellten? Unsere Kritiker bilden sich ein, dies sei geschehen, weil „unweigerlich bei der Propaganda für die SPD-Liste unsere Freiheit der Kritik leiden“ müsse. Welches waren aber die wirklichen Gründe?

Vor 1933 gab es eine starke revolutionäre Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung, die von der KPD repräsentiert wurde, trotz aller ihrer schweren taktischen Fehler. Die KPD war eine Richtung dieser revolutionären Strömung und kämpfte nur gegen deren falsche Taktik, nicht aber gegen die von der KPD vertretenen Grundsätze, die die ihren waren. Wo die KPD in Urwahlen keine eigenen Kandidaten aufstellte, und vor die Wahl gestellt wurde, ihre Anhänger zur Stimmabgabe für die SPD oder für die KPD aufzufordern, mußte sie die gemeinsamen kommunistischen Grundsätze als entscheidend betrachten, weil sie im Falle der Aufforderung, SPD zu wählen, bei den kommunistisch gesinnten, dem ultralinken Kurs preisgegebenen Arbeiter **verloren** hätte, was sie eventuell bei den reformistisch gesinnten gewonnen hätte.

Heute besteht diese Notwendigkeit nicht mehr. Die KPD ist nur dem Namen nach eine kommunistische Partei. Sie hat die kommunistischen Grundsätze längst über Bord geworfen. Ihr tatsächliches Programm ist die Schaffung eines „friedlichen, freiheitsliebenden“ und das heißt **bürgerlich-demokratischen** Deutschland. Oder glauben unsere Kritiker, daß die Auslieferung der Ostzone an den westlichen Kapitalismus, die der reale Inhalt der KPD-Propaganda ist, kommunistischen Grundsätzen einer deutschen revolutionären Partei entspricht?

Die andere nicht minder wichtige Tatsache ist der **Verlust jeglichen Masseneinflusses** der KPD. Wenn unsere Kritiker uns „halber Wahrheiten“ bezichtigen, weil wir feststellen, daß der KPD keine Massen mehr folgen, so machen sie sich lächerlich. Die von ihnen zitierten Wahlergebnisse stammen aus dem Jahr 1949, während wir 1953 schreiben. In Niedersachsen bekam die KPD im November 1952 1,6 Prozent, in Nordrhein-Westfalen 4,5 Prozent, in Rheinland-Pfalz 3,2 Prozent der Stimmen. Das gegenwärtige Stimmenverhältnis der SPD:KPD liegt etwa bei 10:1.

Eine Einheitsfronttaktik, die sich nicht auf das Denken und Fühlen der überwältigenden Mehrheit der Arbeitermassen ausrichtet, die heute bei der SPD steht, ist natürlich außerstande, diesen Arbeitern zu helfen, den Weg zum Kommunismus zu finden und damit keine Einheitsfronttaktik mehr.

Wieder ein Beispiel: Die Nachwahl für Kurt Schumacher, die vor kurzem in Hannover stattfand. Es kandidierte der Hanomag-Betriebsratsvorsitzende Winter für die SPD. Ihm stand ein DPLer als gemeinsamer Kandidat des Bürgerblockes CDU-FDP-DP gegenüber. Außerdem kandidierte der BHE und die KPD. In dieser Wahl gingen alle Minderheitsstimmen verloren.

Welche Stellung hätte die Gruppe Arbeiterpolitik beziehen müssen, hätte sie in Hannover die Kraft, die sie in Salzgitter hat? Wir hätten auffordern müssen, den SPD-Kandidaten zu

wählen, und die SPD-Versammlungen ausnützen müssen, um unseren eigenen politischen Standpunkt zu entwickeln. Hätten wir aufgefordert, den KPD-Kandidaten zu wählen, dann hätten wir niemals das Ohr der sozialdemokratischen Arbeiter finden können (Winter erhielt 60 Prozent der Stimmen), denn diese sind zu Recht der Meinung, daß die völlig aussichtslose KPD-Kandidatur nur dem Bürgerblock hilft, seinen Mann durchzubringen.

6. Die Voraussetzungen der Salzgitter-Taktik

Unter welchen Gesichtspunkten ist die Leitung der Gruppe Arbeiterpolitik an die Stellung in den Kommunalwahlen herangegangen?

Die Frage der **grundsätzlichen** Zulässigkeit der Unterstützung der SPD-Kandidaten im Rahmen der Einheitsfronttaktik wurde nicht einmal diskutiert, weil jedermann sie aus den angeführten Gründen bejahte.

Das **Wahlsystem** beruhte auf einer Aufteilung des Gebietes in Wahlbezirke, wobei jede Minderheitsstimme verloren ging. Hätten wir eigene Kandidaten aufgestellt, so wäre es möglich gewesen, daß die Arbeiterstimmen sich auf SPD, KPD und unsere Gruppe so verteilten, daß mancher bürgerliche Kandidat das Rennen gemacht hätte. Es ändert nichts am Bilde, wenn wir nur in einigen Wahlbezirken eigene Kandidaten aufgestellt hätten, denn wir hätten sagen müssen, wen die Arbeiter in den anderen wählen sollten.

Im Rathaus von Salzgitter saß eine **bürgerliche Mehrheit**. Anknüpfend an die Erfahrungen von vor 1933, haben wir die Losung der „Arbeitermehrheit“ herausgegeben und aufgefordert, für die SPD zu stimmen.

Um die „Falschheit“ dieses Vorgehens darzulegen, haben unsere Kritiker die Frage 96a der KPD-Plattform bemüht, die den **Zweck** der Einheitsfront erläutert. Auch hier haben sie danebengegriffen, denn sie verwechseln **Zweck** und **Mittel**. Über den Zweck, d. h. das Ziel der Einheitsfronttaktik, gibt es keine Meinungsverschiedenheiten: Mobilisierung der Arbeiterschaft zu gemeinsamen außerparlamentarischen Kämpfen. Was unsere Kritiker meinen, ist, daß das angewandte Mittel nicht geeignet sein soll, diesen Zweck zu erreichen, d. h. die Wahlunterstützung der SPD sei kein Mittel, um unsere Aufforderungen an die SPD-Arbeiter heranzubringen.

Die eigentliche Frage ist also, ob unsere Genossen in Salzgitter die notwendigen **Bedingungen** der Einheitsfronttaktik erfüllt haben oder nicht.

Zu dieser Frage sagt die KPD-Plattform:

100. Frage: Was ist die Taktik der Einheitsfront nicht?

Sie ist kein festes Bündnis zwischen Partei und Sozialdemokratie, **schließt aber zeitweilige Kompromisse, zeitweilige Bündnisse mit ihr ein**. Noch weniger ist ihr Zweck eine Verschmelzung der sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen.

99. Frage: Welche Grundbedingungen müssen bei der Durchführung der Taktik der Einheitsfront eingehalten werden?

Diese Grundbedingungen sind:

1. Die volle Freiheit und Selbständigkeit der kommunistischen Propaganda.
2. Die volle Freiheit der kommunistischen Kritik an der Aktion.
3. Die Unterbreitung sämtlicher Kampffragen den Entscheidungen der am Kampf beteiligten Arbeiter und ihrer Organe.

Diese Bedingungen sind der Maßstab, der anzulegen ist. Es ist kein Zufall, daß unsere Kritiker mit keinem Wort auf den tatsächlichen Inhalt des Flugblattes und auf die Berichte, die wir in der Dezember-Nummer der ARSTI veröffentlichten, eingingen. Sonst hätten sie sich eingestehen müssen, daß alle angeführten Bedingungen eingehalten worden sind. In ihrer Verlegenheit flüchten sie wieder in die unbewiesene Behauptung: „Dagegen muß unweigerlich bei der Propaganda für die SPD-Liste unsere Freiheit der Kritik leiden. Denn wir können nicht offen ... anprangern ...“ usw. Den Beweis bleiben sie uns allerdings schuldig. Die Reaktion der Arbeiter hat indessen Lenin und nicht unseren Kritikern Recht gegeben. Wie alle Berichte beweisen, haben die Arbeiter verstanden, worum es geht.

7. Unsere Widersprüche

Das stärkste Argument unserer Kritiker ist der Hinweis auf den Artikel „Die Parole der Aktionseinheit“, den wir in ARPO Nr. 19, Jahrgang 1952, veröffentlichten. Wir hatten damals selbst betont, daß das wirkliche Problem der **deutschen Ar-**

beiterbewegung die Herausarbeitung einer Politik auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze ist. Erst wenn die deutsche Arbeiterbewegung wieder eine ernsthafte revolutionäre Strömung aufweisen wird, wird vor ihr das Problem der Einheitsfront, d. h. der Gewinnung der SPD-Arbeiter für den Kommunismus stehen.

Nun ist dies in der Tat ein Widerspruch zu unserem Vorgehen in Salzgitter. Es handelt sich aber um keinen Widerspruch, sondern um einen Widerspruch der tatsächlich im Leben, in der Bewegung existiert und dem daher Rechnung getragen werden muß. In der Tat: wo kein „kommunistischer Kader, der den Kern für eine revolutionäre kommunistische Partei abgibt“, besteht, kann man natürlich auch keine Einheitsfrontpolitik treiben. In diesem Fall, der für die Bundesrepublik als Ganzes zutrifft, ist es erste Aufgabe, die Bildung eines solchen Kadern zu beschleunigen, die Hauptanstrengung auf die Herauskristallisierung eines solchen Kadern zu verwenden.

Diese Aufgabe ist jedoch in Salzgitter bereits gelöst, dort gibt es einen Kern von revolutionären Arbeitern, von dem einer unserer Genossen mit Recht sagte: „In diesem Gebiet kann man wirklich davon sprechen, daß wir die Aufgaben einer Kommunistischen Partei übernommen haben und auch durchführen.“

Hätte unsere Salzgitter-Gruppe diese Kraft nicht gehabt, dann hätte sich die SPD auch nicht gemüßigt gefühlt, einen „zeitweiligen Kompromiß“, ein „zeitweiliges Bündnis“ mit ihr einzugehen.

Der Widerspruch rührt also einfach daher, daß es sich um den Gegensatz zwischen Allgemeinem und Besonderem handelt: der allgemeinen Schwäche der Gruppe Arbeiterpolitik in Westdeutschland und ihrer relativen Stärke im besonderen Falle Salzgitter.

8. Die Fragen unserer Kritiker

Unsere Kritiker haben eine Reihe Fragen angeschnitten, aber keine beantwortet. Sie haben die Taktik in Salzgitter als falsch hingestellt, was aber haben sie empfohlen? Wahlboykott lehnten sie ausdrücklich ab. Gleichzeitig sagten sie, wir könnten nicht zugleich SPD wählen und die SPD kritisieren. Gilt dies im Falle der SPD, dann muß es auch im Falle der KPD gelten. Der Ausweg aus diesem fehlerhaften Kreislauf ist der Hinweis auf die Arbeit „in Betrieb und Gewerkschaft“. So wichtig diese Arbeit auch ist, sie kann nicht die konkrete Stellungnahme zu einer politischen Wahl ersetzen. Statt die Frage zu beantworten, wie sich die Gruppe in einer gegebenen Wahl verhalten soll, flüchten sie in die Betriebsarbeit. Unsere Kritiker fühlen offenbar selbst diesen Mangel, weswegen sie einer präzisen Zusammenfassung ihrer Ansichten aus dem Wege gehen. Als Ersatz stellen sie uns zwei Fragen.

Ihre erste Frage ist beantwortet, indem wir ausführlich nachgewiesen haben, daß das Vorgehen unserer Genossen in Salzgitter kommunistischer Taktik und Grundsätzen entspricht und auf einer gewissen Stufe der Entwicklung zum revolutionären Kader notwendig wird. Diese Notwendigkeit ergab sich aus der Tatsache, daß nach übereinstimmender Auffassung aller verantwortlichen Genossen in Salzgitter die Arbeiter am

9. November 1952 nicht mehr hingenommen hätten, was sie am 6. Mai 1951 noch hinnahmen: Eine Stellungnahme, die dem Stadium des Zirkels entspricht, nicht dem eines Kadern, der die Funktion eines kommunistischen Kadern erfüllt.

Die zweite Frage nach unserer Stellungnahme zu den Bundestagswahlen dieses Jahres steht in überhaupt keinem Zusammenhang mit der Wahltaktik in Salzgitter. Da solche Bündnisse zeitlich und örtlich begrenzt sind, ist es ohne weiteres möglich, daß man „im Sommer 1953 ablehnt, was man im Herbst 1952 für notwendig hielt.“ In Salzgitter ging es um den konkreten Fall der Gemeindewahlen, bei denen örtliche Verhältnisse den Ausschlag haben. Die Kritik an der Salzgittertaktik haben wir beantwortet. Die Frage der Bundestagswahlen überschreitet inhaltlich das behandelte Thema und kann daher nicht im Rahmen dieses Artikels behandelt werden. Wir werden darauf zurückkommen.

Zur Arbeitszeitverkürzung im Ruhrbergbau

Am 15. Januar erreichte uns folgender Stimmungsbericht aus dem Gelsenkirchner Revier:

Der Beschluß der IG Bergbau, in den ersten Januartagen eine „annehmbare Regelung“ betreffend die Forderung der 7 1/2-Stundenschicht zu erreichen, wird unter den Kumpels heftig diskutiert.

Allgemein erwartet der Kumpel, daß sich die Leitung der Gewerkschaft an das Ergebnis der Urabstimmung gebunden fühlt. Der Streikwille bei ungünstigem Ausgang der Verhandlungen ist da. Das beeinflusste wahrscheinlich auch die Unternehmenseite, denn am 5. Januar wurde bereits angedeutet, daß sich die Gewerkschaft mit einer Viertelstunde Schichtverkürzung zufrieden geben soll. Zumindestens war dieses halbe Angebot die Verhandlungsbasis. Die Stellungnahme der Betriebsräte ist folgende: Wir wollen das Äußerste möglichst ohne Kampf herausholen.

Organisatorisch gesehen, werden bereits die Streikposten ausgewählt, die Notstandsarbeiten bestimmt und Streikunterstützungslisten angelegt. Diese notwendigen organisatorischen Vorkehrungen sind zugleich ein gutes Druckmittel bei den Verhandlungen.

Die Aufforderung der KPD in Flugblättern, sofort in den Streik zu treten und erst im Kampf zu verhandeln, findet wenig Gehör. Es gibt ganz einfach keine gesunde Kritik oder Diskussion, wenn die Anregung von seiten der KPD kommt, weil für den Kumpel die KPD gleich Ostzonenpolitik ist.

Augenfällig sind noch einige Methoden der Unternehmer, die der Vorwegnahme der Leistungssteigerung gleichkommen. Solche Möglichkeiten sind zahlreich. Beispielsweise werden die üblichen Pausen verkürzt, alte längst vergessene Vorschriften hervorgeholt wie die pünktliche Einhaltung der Seilfahrtsordnung, wodurch allein schon eine Viertelstunde Arbeitszeit für den Unternehmer gewonnen ist, u. ähnl. mehr.

Auch das Erfolganteilsystem wird propagandistisch stark gefördert, so daß, alles in allem, der Kumpel einen Teilerfolg auf gewerkschaftlicher Basis erringen wird, der durch die Gegenminen der Unternehmer schon stark entwertet ist. Nur erhöhte Wachsamkeit der Kumpels und gute, intensive Betriebsratstätigkeit können dem entgegenwirken.

Jahres-Kassenbericht

für die Periode 1. Mai – 31. Dezember 1952

Einnahmen der Gruppe Arbeiterpolitik	Spenden 2705.45	Beiträge 1995.40	Pressefonds 341.60	Broschüren 131.95	Sonstiges 182.60 = 5357.— DM
Ausgaben der Gruppe Arbeiterpolitik	Porto 273.47	Zeitungen usw. 260.47	Büroausgaben 260.68	Sonstiges 1198.25	Fahrgeld 247.60
				Schreibkraft 302.38 = 2542.85 DM	
Einnahmen der Zeitschrift Arbeiterpolitik	Gruppenbezug 6843.13	Einzelbezug 420.18	= 7263.31 DM		
Ausgaben der Zeitschrift Arbeiterpolitik	Druckkosten 7056.16	Versandkosten 500.14	Druck- u. Pack- Papier 1063.33	Steuern 243.65	= 8863.28 DM
Zuschuß der Gruppe an die Zeitschrift Arbeiterpolitik	= 1599.97 DM				

Geprüft und in Ordnung befunden:
Die Revisoren